:antifaschistische nachrichten Nr. 5

g 3336 10.3.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Umfrage sieht Marine Le Pen bei 23 %

FRANKREICH. Wie eine Bombe schlug am vergangenen Samstag (5. März) eine Umfrage des Instituts Louis Harris ein, welche durch die Boulevardzeitung ‚Le Parisien' in Auftrag gegeben worden war. Demnach erhielte Marine Le Pen im Hinblick auf die in gut 13 Monaten stattfindenden Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2012 nicht nur 23 % der Stimmen, laut derzeitigen Stimmabsichten. Die Umfrage platziert sie auch an der Spitze aller Bewerber/innen, was ihre zu erwartenden Stimmenanteile im ersten Wahlgang betrifft. Nach geltendem Wahlrecht werden die beiden bestplatzierten Kandidat/inn/en in die Stichwahl, welche 14 Tage später – Anfang Mai 12 – stattfindet, einziehen.


Marine Le Pen

Bürgerliche Politiker wie Jean-François Copé kritisierten die Umfrage am Wochenende. Dem Institut wird vorgeworfen, eine Konstellation bei den Befragten „getestet" zu haben, in der neben Marine Le Pen vor allem Amtsinhaber Nicolas Sarkozy sowie die sozialdemokratische Parteichefin Martine Aubry antreten. In Wirklichkeit ist noch nicht ausgemacht, wer für die Sozialdemokratie kandidieren wird, und eine mögliche Kandidatur des als „charismatisch" geltenden Ex-Wirtschaftsministers (und derzeitigen Direktor des Internationalen Währungsfonds, IWF) Dominique Strauss-Kahn gilt als aussichtsreicher.

Das Meinungsforschungsinstitut Louis Harris hat nun angekündigt, ein neues Panel zu testen, mit Sarkozy, Strauss-Kahn und Le Pen als gewichtigsten Kandidat/ inn/en. *BhS, Paris* ■

Aus dem Inhalt:

Milde Strafen für rechte Bombenbastler 6
Wie sehen extreme Rechte und Moslemfeinde die Umbrüche in Nordafrika 7



Demonstration der Karawane beim Weltsozialforum in Dakar/Senegal

„Freiheit and Democracy"
der Flüchtlingsschutz bleibt auf der Strecke

„Alle nun verlangen sie Freiheit und Democracy"
(aus dem Anachronistischen Zug von Bertolt Brecht)

Es darf wieder schonungslos geheuchelt werden. Von jetzt auf gleich mussten Regierungen, Medien und große Teile der Öffentlichkeit umdenken: die ehemaligen Staatsoberhäupter werden nun politically correct Diktatoren genannt, die ehemaligen Bollwerke gegen den Islamismus heißen nun Folterstaaten und aus den ehemals stabilen Handelspartnern sind korrupte Systeme geworden. Die Volksaufstände der arabischen Völker werden offiziell bejubelt und beklatscht.

Was für eine ungeheuerliche Doppelmoral! Jahrelang hatte die EU eben diese Diktaturen bei ihrer menschenverachtenden Flüchtlingsabwehr im Mittelmeerraum hofiert und mit jede Menge Geld und Rüstzeug ausgestattet.

So versprach die EU dem Diktator Gaddafi erst 2009 50 Millionen Euro und die Kooperation mit der paramilitärischen EU-Grenzschutzagentur Frontex für die Sicherung der Seegrenze Libyens. Zugleich wurden Pläne über die Einrichtung von „Auffanglagern" und „Asylbüros" auch in Libyen vorgelegt. Mit diesen Lagern wolle man, so der damalige EU-Kommissar Barrot, „Tragödien vermeiden". In Wahrheit ging es jedoch darum, den Flüchtlingsschutz „auszulagern" und zu vermeiden, dass Flüchtlinge EU-Territorium erreichen. Noch Ende 2010 liefen zudem Verhandlungen zwischen der EU und Tripolis über ein Rahmenabkommen, das Kooperation in Handels-, Energie- und Migrationsfragen vorsah.

Noch enger war die Freundschaft Italiens mit seiner ehemaligen Kolonie Libyen. 2008 wurde ein bilaterales Abkommen zur „Bekämpfung illegaler Einreisen" abgeschlossen. Seitdem flossen Kredite, Finanzhilfen und Subventionen in Milliardenhöhe an Libyen. Als „Belohnung" durfte Italien mehrere tausend Bootsflüchtlinge, denen unter Missachtung der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) der Zugang zum Asylverfahren verweigert wurde, nach Libyen abschieben oder gleich im Mittelmeer dorthin zurückdrängen. Dort angekommen wurden viele direkt von den libyschen Sicherheitskräften verhaftet.

Die Situation der Flüchtlinge in Libyen ist der EU bekannt, aber egal. Offiziell gab es 2009 in Libyen 18 Flüchtlingslager. Wie viele Flüchtlinge aus welchen Ländern wie lange dort (sowie in inoffiziellen Lagern und Gefängnissen) ausharren müssen, ist vollkommen unklar. Klar ist indes: Libyen hat die GFK nicht unterzeichnet, es existieren weder ein Asylgesetz noch systematischer Flüchtlingsschutz in diesem Land. Zahlreiche Berichte von Flüchtlingen und Menschenrechtsorganisationen lassen befürchten, dass gegenüber Flüchtlingen Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Folter und Tötungen auf der Tagesordnung stehen.

weiter Seite 3

Miegel-Straße weg

Celle/Braunschweig. Der Rat der Stadt Celle hat Anfang Februar beschlossen, drei Straßen umzubenennen. Darunter befindet sich auch die nach Agnes Miegel benannte Straße. Begründet wurde die Umbenennung mit der engen Verstrickung der gebürtigen Ostpreußin mit dem Nazi-Regime. Gutachter hatten zuvor über einhundert Straßennamen in Celle überprüft. In Braunschweig ist hingegen der Versuch gescheitert, die nach Miegel benannte Straße umzubenennen. Zwar hatte sich zuvor der Kulturausschuss des Stadtrats für eine Umbenennung ausgesprochen, die endgültige Entscheidung aber dem Bezirksrat überlassen. Eine Mehrheit aus CDU und FDP in diesem Gremium beschloss dann aber, den Straßennamen so zu belassen, da 90 % der Anlieger die Beibehaltung des Namens befürwortet hatten. *hma* ■

Ungebrochene Kontinuitäten

Martensrade. Trotz ihrer einschlägig rechten Ausrichtung verfügt die kürzlich von Dietmar Munier übernommene Wochenzeitung „Der Schlesier", einst Organ der „Schlesischen Landsmannschaft" (SL), in Teilen der SL immer noch über Anhängerschaft. So finden sich in der letzten Februar-Ausgabe der Zeitung u.a. Leserbriefe des 1. Vorsitzenden der Kreis-gruppe Gütersloh der SL, Hubert Laufer, und des Bundesvorsitzenden des SL-Jugend-verbandes „Schlesische Jugend", Fabian Rimbach aus Floh-Seligenthal. Letzterer bietet Herausgeber Munier gar seine Unterstützung an. Neben einem Interview mit dem Vorsitzenden der extrem rechten „Gesellschaft für freie Publizistik", Martin Pfeiffer (Graz), findet sich in dem Blatt auch ein Text des Leiters des Arbeitskreises „Archiv für schlesische Mundart in Baden Württemberg", Friedrich-Wilhelm Preuß aus Sparrieshoop. *hma* ■

Braune Seele „gerettet"

Regensburg/Stuttgart. Der ehemalige Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Regensburg, Willi Wiener, ist aus der NPD ausgetreten, meldet die umstrittene „Priesterbruderschaft St. Pius X." am 24. Februar auf ihrer Internetseite. Grund sei „seine Bekehrung zum katholischen Glauben" durch die Priesterbrüder. Als gläubiger Katholik könne er nicht mehr Mitglied bei der NPD sein, weil sich diese „im neuen Parteiprogramm weiterhin nicht zum christlichen Abendland und zu dessen Werten bekennt", wird Willi Wiener zitiert.

Schon 2010 soll Wiener, Bruder des Kölner „Pro"-Aktivisten Markus Wiener, bei den Weihen der „Priester-bruderschaft in Zaitzkofen dabei gewesen sein. Wie weiter berichtet wird, ist die Internetseite des NPD-Bezirksverbandes Oberpfalz bereits offline. Unterdessen veröffentlichte die „Priesterbruderschaft" in der März-Ausgabe ihres „Mitteilungsblattes" den Aufruf einer Wählerinitiative „Stopp die Grünen" zur bevorstehenden Landtagswahl am 27. März in Baden-Württemberg. Die Initiative, die sich gegen Schwangerschaftsunterbrechung, Gender-Mainstreaming, eine angebliche „Islamisierung der Gesellschaft" und eine vermeintlich „fehlgeleitete Integrationspolitik" wendet, wird von christlichen Fundamentalisten und Akteuren der „Die Deutschen Konservativen" und der Aktion „Linkstrend stoppen" unterstützt. Zugleich wird im „Mitteilungsblatt" unter „Kundgebung der Vorbehalte" zur Wahl der CDU in Baden-Württemberg aufgerufen. Zwar sei die CDU für „einen überzeugten Katholiken nicht mehr wählbar", heißt es, aber es gehe nun einmal darum, „die GRÜNE-Gefahr zu stoppen!" *hma* ■

Generationswechsel bei „Zuerst!"

Martensrade. Die extrem rechte Monatszeitschrift „Zuerst!" hat einen neuen Chefredakteur. Günther Deschner ist kurz vor Erreichen seines 70. Geburtstags aus der Redaktion ausgeschieden. Seine Nachfolge hat Manuel Ochsenreiter angetreten, bislang regelmäßiger Autor der Zeitschrift. Ochsenreiter gehörte früher der Redaktion der „Jungen Freiheit" an. *hma* ■



Zug der Erinnerung in Mönchengladbach

Am 9. März wird der „Zug der Erinnerung" in Mönchengladbach einlaufen. Der dreitägige Aufenthalt ist der Beginn einer Fahrt durch 14 Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Dort haben Bildungseinrichtungen in Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen und Stadtarchiven bereits vor Monaten mit der lokalen Spurensuche nach den Opfern der NS-Deportationen begonnen. Die Ergebnisse werden sie in einen eigenen Ausstellungsteil des Zuges einbringen.

Die überregionale Koordination der Zugfahrt liegt in den Händen des Bistums Aachen. Zahlreiche Kommunen und Parteigliederungen sorgen für Begleitprogramme und die Co-Finanzierung. Unterstützung erfährt der Zug auch von evangelischen Gemeinden, die ihre Kollekten zur Verfügung stellen (so in Hardt oder Wickrathberg). Regionale Verkehrsunternehmen, auf deren Schienen der Zug fahren wird, haben Spenden angekündigt, so die Rhein-Sieg Eisenbahn (RSE/ Bonn). Lediglich die DB AG bepreist das Gedenken (pro Stunde: 45 Euro) und weist auch ausländische Bitten um einen Verzicht zurück. Genaue Infos zum Rahmenprogramm in den Städten und zum weiteren Fahrplan:

www.zug-der-erinnerung.eu ■

Einstimmiger Beschluss

Bremen. Der Stadtteilbeirat Gröpelingen wendet sich entschieden gegen den geplanten NPD-Aufmarsch am 1. Mai 2011. Das Stadtamt wird aufgefordert, diese Veranstaltung gerichtsfest zu verbieten. Der Beirat befürchtet, dass die NPD beabsichtigt, bei Ablehnung der Streckenführung durch die Innenstadt durch Gröpelingen zu marschieren, wie schon im November 2006. Der Beirat bekräftigt seine Position vom 11.10.2006, dass der geplante Aufmarsch der NPD geeignet ist, das jahrzehntelange nachhaltige Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunftsländer, Muttersprache und Religionen im Stadtteil empfindlich zu schädigen:

„Seit vielen Jahren arbeiten Gröpelingerinnen und Gröpelinger für ein Klima der Toleranz und gegenseitiger Achtung. Der Beirat weist jede Form von Volksverhetzung, antimuslimischer und antisemitischer Angriffe zurück. Das konfliktfreie Zusammenleben von Kulturen, Sprach- und Religionsgemeinschaften in Gröpelingen ist und bleibt das Ziel aller demokratischen Kräfte in unserem Stadtteil.

Die in diesem Zusammenhang gemachten positiven Erfahrungen in Kindergärten, Schulen, Freizeitheimen und in der Nachbarschaft lassen wir uns nicht nehmen. Die Per spektivlosigkeit vieler Erwerbsloser und Jugendlicher darf nicht dazu führen, zu Hass und Diskriminierung gegenüber Teilen unserer Wohnbevölkerung aufzurufen. Neofaschistischen Parteien, Vereinen oder Organisationen sollen keine öffentlichen Einrichtungen, Straßen oder Plätze als Forum für ihre menschenverachtende Hasspropaganda zur Verfügung gestellt werden. Es gilt dem braunen Landsknechttreiben ein buntes vielfältiges Gröpelingen entgegenzusetzen, das die gesamte Kreativität und Vielfalt des Stadtteils widerspiegelt. Der Beirat fordert alle Gröpelingerinnen und Gröpelinger auf, sich dem beabsichtigten Aufmarsch der NPD mit allen gewaltfreien demokratischen Mitteln entgegenzustellen."

Bremer Antifaschist, Februar 2011 ■

Fortsetzung von Seite 1

Genfer Flüchtlingskonvention droht zum bloßen Papiertiger zu werden

Kern der GFK ist das Non-Refoulement-Prinzip, d.h. das Verbot der Abschiebung von Flüchtlingen in Länder, in denen ihr Leben oder ihre Freiheit wegen ihrer Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Anschauungen gefährdet wäre oder in denen ihnen die Verletzung eines weiteren bedeutsamen Menschenrechts droht. Dieses Prinzip setzt allerdings ein Prüfverfahren voraus, aus dem heraus sich allein beurteilen lässt, ob die Kriterien für eine Flüchtlingsanerkennung vorliegen oder nicht.

Das ist der springende Punkt: den Flüchtlingen ist nämlich der Zugang zum Asylverfahren zu ermöglichen. Der Refoulementschutz gilt dabei nicht nur an der EU-Grenze. Er gilt ohne geographische Beschränkung auch auf hoher See. Europäischen Grenzbeamten ist es verboten, potenziell Schutzbedürftige auf See zurückzuweisen, zurückzueskortieren, an der Weiterfahrt zu hindern oder in nicht zur EU gehörige Länder zurückzuschleppen. Die Flüchtlinge haben einen Rechtsanspruch, in den nächsten sicheren Hafen auf europäisches Territorium gebracht zu werden. Aber wen interessiert die Rechtslage? Wen interessieren die vermuteten 10.000 Leichen im Mittelmeer?

Die Revolutionen in den arabischen Staaten haben die bisherige auf Abschottung und Paktieren mit „Schurkenstaaten“ basierende europäische Flüchtlingspolitik demaskiert. Auf dem Prüfstand steht – wieder einmal – nichts Geringeres als Geltung und Umsetzung der GFK als das Herzstück des internationalen Flüchtlingsschutzes. Die oft von der EU beschworene „Harmonisierung des Asylrechts“ ist nicht allein wegen der rechtswidrigen Behandlung von Flüchtlingen in Griechenland zu einer Farce verkommen.

Wäre man ernsthaft an der Bekämpfung von Fluchtursachen interessiert gewesen, hätte das geheißen, die politische und wirtschaftliche Situation der Menschen – nicht der Regimes – in den Herkunfts- und Transitländern strukturell zu verbessern und alle politischen Aktivitäten konsequent auf die Umsetzung der Menschenrechte auszurichten.

An dieser Einsicht mangelt es bisher eklatant. Die EU ist auf dem Scheideweg. Die Umwälzungen könnten jetzt als Chance begriffen werden, die verlorene Glaubwürdigkeit in Sachen Menschenrechte zurückzugewinnen. Ob sie das ohne uns – ohne die kollektive Empörung ihrer Staatsbürger/innen – schaffen kann, ist allerdings mehr als fraglich. Die ersten Frontex-Boote zwischen Lampedusa und Libyen machen das deutlich. Und in Deutschland hat sich das Bundesverfassungsgericht gerade vor einer Entscheidung zur Drittstaatenregelung gedrückt.

In der aktuellen Situation muss auf Italien Druck ausgeübt werden, damit es seine internationalen Verpflichtungen erfüllt. Die GFK und auch die Europäische Menschenrechtskonvention werden von der Berlusconi-Regierung weiter mit Füßen getreten. Zudem sind dort menschenwürdige Unterbringung und soziale Hilfen nicht gewährleistet. Der Hilfeschrei aus Rom wegen mehrerer tausend Flüchtlinge in Lampedusa ist irreführend: 2010 wurden in Italien nur rd. 6.500 Asylanträge gestellt, in Deutschland waren es ca. 41.000.

Grundsätzlich bedarf es jedoch – neben vielem – einer EU-weiten Regelung über die Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge. Die Bundesregierung sollte ihre Blockade-Haltung dazu endlich aufgeben.

Dies betrifft auch ihre Haltung zum Resettlement-Programm von UNHCR. Auf Vorschlag der Kölner save me-Kampagne, die sich für ein jährliches Aufnahmeprogramm der Bundesrepublik für Flüchtlinge aus Erstzufluchtsländern einsetzt, hat z. B. der Rat der Stadt Köln im Juli 2010 eine Resolution beschlossen, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, dem Resettlement-Anliegen von UNHCR zu folgen. Was ist aus dem Beschluss geworden? Angesichts der aktuellen Lage sollte die Stadt Köln ihrer Empörung über den maroden Zustand der europäischen und deutschen Flüchtlingspolitik Ausdruck verleihen, ihre Forderung erweitern und sich für eine Flüchtlingsaufnahme ohne Wenn und Aber aussprechen. Ein „Kölner Signal“ hätte mehr als nur symbolische Bedeutung.

Der weite Blick nach Brüssel und Berlin und der Verweis auf den Stadtrat dürfen nicht zur falschen Ansicht führen, uns – jedem einzelnen – seien hier die Hände gebunden.

Demokratie muss auch bei uns politisch erkämpft werden, jeden Tag. Den Verfassungsschutz sollte man nicht den Innenministerien und dem gleichnamigen Bundesamt überlassen. Verfassungsschutz heißt, sich aktiv für die Menschenrechte – für den Schutz von Flüchtlingen – einzusetzen.

Claus-Ulrich Prölß,
Flüchtlingsrat Köln
29.02.2011 ■

Grundgesetzwidrige „Extremismusklausel“ abschaffen!

Düsseldorf. Seit kurzem verlangt Bundesfamilienministerin Schröder von Projekten und Initiativen, die sich vor Ort gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren, eine so genannte „Demokratieerklärung“ zu unterschreiben. Wenn sie Geld aus dem Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ bekommen möchten, müssen sie sich verpflichten, ihre Bündnispartner auf ihre Verfassungstreue zu prüfen und gegebenenfalls Informationen beim Verfassungsschutz einzuholen.

Dazu erklärt Anna Conrads, innenpolitische Sprecherin der NRW-Landtagsfraktion DIE LINKE: „Die so genannte ‚Demokratieerklärung‘ bringt den engagierten Akteuren, die schon seit Jahren in NRW vertrauensvoll mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern/-innen zusammenarbeiten – Beratungsstellen vor Ort, engagierten Institutionen, parteiunabhängigen Jugendverbänden ebenso wie kirchlichen Trägern oder Betroffenen neonazistischer Gewalt – ein besonderes staatliches Misstrauen entgegen und stellt sie faktisch unter einen Generalverdacht. Sie macht die Letztempfänger zu Gesinnungsprüfern und zerstört so die vertrauensvolle wichtige Bündnisarbeit vor Ort.“

Mit dieser Auffassung steht Conrads nicht allein: Das Land Berlin hat bereits Einspruch gegen die Klausel eingelegt. „Wir haben einen Antrag eingereicht, in dem der Landtag sich deutlich gegen die so genannte ‚Demokratieerklärung‘ aussprechen und sich mit den anderen Bundesländern zu weiteren Schritten vernetzen soll“, so Conrads weiter. „Mehrere juristische Gutachten kommen zu dem Schluss, dass diese Gesinnungsprüfung grundgesetzwidrig ist – die Maßnahme sei im verfassungsrechtlichen Sinn weder geeignet noch angemessen.“

Obwohl der Antrag der LINKEN in weiten Teilen dem entsprach, den SPD und Grüne vor wenigen Tagen gemeinsam in den Bundestag einbracht haben, bringen besagte Parteien in NRW nun einen eigenen Antrag ein, anstatt den der LINKEN zu unterstützen. „Wir haben ‚rot-grün‘ zur Zusammenarbeit eingeladen, um ein Zeichen gegen Gesinnungsschnüffelei zu setzen und uns so breit wie möglich mit den betroffenen Initiativen zu solidarisieren. Dies haben SPD und Grüne jedoch mit der Einbringung ihres eigenen Antrages abgelehnt“, erklärte Conrads.

DIE LINKE. Fraktion im Landtag NRW, Düsseldorf, den 24.2.2011
www.linksfraktion-nrw.de ■

Demonstration gegen Rassismus, Ausbeutung und Unterdrückung

Mannheim. Für den 26. März 2011, einen Tag vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, ruft der Antifa AK Mannheim dazu auf, für eine Gesellschaft ohne Rassismus, Ausbeutung und Unterdrückung zu demonstrieren. Im Aufruf zur Demonstration heißt es:

„Die Wahlen als politisches Spektakel

der parlamentarischen Demokratie geben uns Anlass, gegen die NPD als Partei der Nazis zu kämpfen, gleichzeitig aber eine Kritik an Staat, Nation und Kapitalismus deutlich zu machen. Denn die NPD ist nur die Spitze des Eisbergs. Rassismus, kapitalistische Ausbeutung und autoritäre Staatsvorstellungen kommen aus der Mitte der Gesellschaft und sind Grundpfeiler der herrschenden Gesellschaftsordnung. Während die NPD offen gegen Migrant_innen hetzt und sich als soziale Alternative darzustellen versucht, sind die bürgerlichen Parteien für ganz alltägliche Unterdrückungsmechanismen verantwortlich. Die CDU greift in Baden-Württemberg seit Jahrzehnten erfolgreich die reaktionären Stimmungen in der Bevölkerung auf. Abschiebeknäste, schikanöse Ausländerbehörden, Überwachung und Repression sind die Folge und schränken die Freiheit der Menschen immer mehr ein. Sozialabbau, Niedriglohn und Ämterschikane machen ein gutes Leben unmöglich.Gleichzeitig werden Ideen für gesellschaftliche Alternativen durch die „Extremismustheorie“ diffamiert. Alle, die sich den herrschenden Unterdrückungs- und Ausbeutungsmechanismen widersetzen, werden als „Extremisten“ stigmatisiert, überwacht und verfolgt. ...

- Gegen „Extremismustheorien“, Versammlungsgesetze, Geheimdienste, Polizeiterror und jede Form der Repression
- Gegen Rassismus auf allen Ebenen, kapitalistische Ausbeutung und staatliche Unterdrückung
- Gegen die Hetze von NPD und bürgerlichen Parteien!“

Demonstration, 26. März 2011, 14 Uhr, Mannheim Paradeplatz

Aus dem Aufruf des AK Antifa Mannheim ■

Militärreklame steigt rasant an

BERLIN. Die Bundeswehr lässt die Kosten für ihre Nachwuchswerbung rasant anschnellen: Von 2009 auf 2011 um knapp 50 Prozent! Über zehn Millionen Euro sind vorgesehen, um junge Menschen von der vermeintlichen Attraktivität des „Arbeitgebers Bundeswehr“ zu überzeugen. Das zeugt von der Angst der Personalstrategen, dass ihnen der Nachwuchs ausgeht. Es gibt viele gute Gründe dafür, dass junge Erwachsene nicht zur Bundeswehr wollen. Anstatt diese Gründe – tödliche Kriegseinsätze und Skandale in den eigenen Reihen – mit Reklame zu übertünchen, sollte die Bundeswehr abrüsten, das Grundgesetz ernst nehmen und auf Kriege verzichten. Der nachfolgende link führt zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zum Umfang der Militärreklame.

http://linksfraktion.de/abgeordnete/ulla-jelpke/downloads/

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Pro NRW darf weiterhin beobachtet werden:

DÜSSELDORF. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat am 15. Februar 2011 entschieden, dass pro NRW weiterhin vom Verfassungsschutz beobachtet werden darf. Dazu die Pressemitteilung des Gerichtes:

„Mit dem soeben in öffentlicher Sitzung verkündeten Urteil hat die 22. Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf die Klage der Partei „Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen“ („pro NRW“) gegen deren Erwähnung in den Verfassungsschutzberichten 2008 abgewiesen. In der mündlichen Urteilsbegründung führte die Vorsitzende im Wesentlichen aus: Soweit diese Verfassungsschutzberichte in Bezug auf die Klägerin über die Einschätzung des bloßen Verdachts der Verfassungsfeindlichkeit hinausgehe, rechtfertige die Faktenlage diese Bewertung.

Insbesondere Parteiprogramm und Öffentlichkeitsarbeit der Klägerin sowie ihrer Funktionäre ließen erkennen, dass die Klägerin Minderheiten und namentlich Ausländer, Migranten und Muslime in menschenrechtswidriger Weise herabsetze und ausgrenze, mit dem Ziel, gesellschaftliche Verhältnisse herbeizuführen, in denen die Menschenwürde dieser Minderheiten nicht geachtet werde.“

Quelle: ibs newsletter Köln ■

PxC unterstützt „Marsch für die Freiheit“

SPANIEN. Die spanisch-katakonische Regionalpartei Plataforma per Catalunya (PxC) will sich am 7. Mai 2011 am „Marsch der Freiheit“ in Köln beteiligen, zu dem die „pro“-Bewegung aufgerufen hat. Die rassistische und rechtsextreme Partei unterhält schon seit geraumer Zeit Kontakte nach Deutschland. Ihr Generalsekretär nahm am Sommerfest der „pro“-Vereinigung in Leverkusen teil, deren Schatzmeisterin hatte den Wahlkongress in Spanien besucht. Der Generalsekretär von „pro NRW“, Markus Wiener versprach jetzt, die „Freunde“ vom PxC in ihrem Kommunalwahlkampf zu unterstützen. Vorsitzender von PxC, die 2002 gegründet wurde, ist Josep Anglada i Rius, der früher der Fuerza Nueva angehörte.

Newsletter DIE LINKE. BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus 2-2011 ■

Gedenk-Veranstaltung für Zofia Malczyk

SCHWEINFURT. Am 29. März 2011 findet eine Gedenkveranstaltung an die 18-jährige, hochschwangere, polnische Zwangsarbeiterin Zofia Malczyk statt, die am 21. März 1945, kurz vor Ende des Krieges, am städt. Krankenhaus von Amtsträgern der Nazis erschossen wurde.

Das Gedenken beginnt um 16.30 Uhr in der Gustav-Adolf-Straße (am Städt. Krankenhaus) statt. Das Programm wird gestaltet durch Schüler/Innen des Bayern-Kolleg, Schweinfurt und die Initiative gegen das Vergessen, Schweinfurt. Um 15.30 Uhr findet eine Führung „Der letzte Weg der Zofia Malczyk“ von der Kulturwerkstatt „Disharmonie“ von der Gutermann-Promenade bis zum Todesort (dem Ort der Gedenkveranstaltung) statt. Anmeldung erforderlich unter 09721 28895. Zum Schicksal von Zofia Malczyk ist eine Broschüre „Der letzte Weg der Zofia Malczyk“ erschienen. Sie kann für 5 Euro über den Buchhandel oder über die „Disharmonie“ erworben werden. Veranstalter: Bayern-Kolleg mit Initiative gegen das Vergessen, Schweinfurt.



Zwangsarbeiterinnen bei Kugelfischer in Schweinfurt

www.zwangsarbeit-schweinfurt
email: zwangsarbeit@web.de
www.bayernkolleg-sw.de ■

Bündnis gegen Islamfeindlichkeit & Rechtspopulismus

FRANKFURT. In Frankfurt entsteht derzeit ein Bündnis gegen Rechtspopulismus und Islamfeindlichkeit, wie sie von den sogenannten „Freien Wählern“ tonnenweise während des hiesigen Kommunalwahlkampfs verteilt, geklebt und sonstwie produziert werden. Inzwischen ist ein Aufruf formuliert und von einer Reihe von ErstunterzeichnerInnen mit ihrer Unterschrift bekräftigt worden. Absichtlich ist er moderat formuliert, die ErstunterzeichnerInnen verzichten auf jede Organisations- und Funktionsbezeichnung, um die Überparteilichkeit des Unternehmens zu unterstreichen. Siehe:

antinazi.wordpress.com/.../frankfurter-bundnis-gegen-islamfeindlichkeit-und-

8. März: 95. Geburtstag von Peter Gingold

Gingold-Erinnerungsinitiative bereitet Auftaktveranstaltung zum 8. Mai vor

In Frankfurt am Main bereitet eine Arbeitsgruppe der Gingold-Erinnerungsinitiative eine Veranstaltung zur Erinnerung an Ettie und Peter Gingold vor, die am 8. Mai (ab 11.00 Uhr) im Frankfurter DGB-Gewerkschaftshaus (Wilhelm-Leuschner-Str. 69/77) stattfindet.

Damit soll an die beiden jüdischen Antifaschisten, Kommunisten, Verfolgten des Naziregimes und Widerstandskämpfer gegen den Faschismus erinnert werden. Gezeigt wird dort erstmals eine neu erstellte Film- und Tondokumentation über das Leben und Wirken der beiden Antifaschisten mit Interviews von Zeitzeugen und Menschen, die den Gingolds und ihrer Arbeit verbunden waren. Im Anschluss daran ist eine Gesprächsrunde mit Beteiligten aus diesem Kreis vorgesehen.

Am 8. März dieses Jahres ist der 95. Geburtstag von Peter Gingold, der 90-jährig im Oktober 2006 verstarb. Zeit seines Lebens kämpfte er gegen alles Faschistische, u.a. als deutscher Antifaschist in der französischen Résistance. In seinen letzten Lebensjahren trat er immer wieder als Zeitzeuge vor allem vor Jugendlichen, in Schulen und Veranstaltungen auf. Das tat er außerordentlich eindrucksvoll, überzeugend und mitreißend. Ebenso entschieden trat er alten und neuen Nazis entgegen, sowie allem, was zu Nazismus, Rassismus und Antisemitismus gehört oder diese zu fördern droht. Peter Gingold und sein Engagement fanden Achtung und Anerkennung auch bei Menschen anderer politischer Auffassung, so wie auch er auf breite Bündnisse großen Wert legte.

Die Frau an Peters Gingolds Seite, Ettie Gingold (verstorben 2001), lernte ihn 1936 in der Emigration in Frankreich kennen, wo sie im Januar 1940 heirateten. Ettie Gingold engagierte sich ebenfalls in der Widerstandsbewegung. Seitdem in der Bundesrepublik mit der Remilitarisierung und der Stationierung von Atomwaffen und Atomraketen begonnen wurde, war Ettie Gingold eine der aktivsten Gegnerinnen jeder Rüstungs- und Kriegspolitik. Auf der legendären Großkundgebung der Friedensbewegung 1983 im Bonner Hofgarten gehörte sie neben Heinrich Böll, Willy Brandt und Petra Kelly zu den Hauptredner/innen.

Im September vergangenen Jahres gründete sich im Frankfurter DGB-Gewerkschaftshaus die Ettie-und-Peter-Gingold-Erinnerungsinitiative, die an die beiden Antifaschisten erinnern und in ihrem Sinne Erinnerungsarbeit betreiben will. Gedacht ist dabei an Veranstaltungen der verschiedensten Art, Ausstellungen, Lesungen, Seminare, Materialsammlungen und Dokumentationen, Ausschreibung von Wettbewerben zu antifaschistischen Themen und Projekten und vor allem an eine gegenwartsbezogene Erinnerungsarbeit mit Beiträgen zur Auseinandersetzung mit Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus.

Initiatoren und Unterstützer dieses Projekts sind (z.T. führende) Mitglieder aus DGB-Gewerkschaften, antifaschistischen Organisationen und Initiativen, Jugend- und Sozialverbänden, jüdischen und christlichen Gemeinschaften, Naturfreunden, Bürger- und Friedensinitiativen sowie Parteien aus dem Rhein-Main-Gebiet.

Derzeitiger Sprecher der Gingold-Erinnerungsinitiative ist der Frankfurter Journalist Peter Christian Walther, der auch Landessprecher der VVN-BdA Hessen ist. Kontakt (zur Unterstützung des Projekts bzw. zur Anforderung weiterer Informationen) ist über die Email-Adresse: pc.walther@t-online.de möglich.

pcw ■

VVN/BdA Landesdelegiertenkonferenz:

Gemeinsam gegen rechte Politik und innere Militarisierung

Rechtsentwicklung, Militarisierung der Innenpolitik, Einschränkung demokratischer Rechte und Aktivitäten dagegen – das waren die Themen, die im Mittelpunkt der Landesdelegiertenkonferenz der VVN/BdA Nordrhein-Westfalen standen. Mehr als 70 Delegierte aus allen Landesteilen und eine Reihe von Gästen hatten sich am Samstag, dem 26. Februar im Düsseldorfer ver.di-Haus versammelt, um die Arbeit der letzten drei Jahre Jahre zu bilanzieren und politische Schwerpunkte für die Zukunft zu setzen. Wie viel auf dem Gebiet antifaschistischer Politik noch zu tun bleibt, wurde deutlich, als eine Rede des im vergangenen Jahr verstorbenen ehemaligen VVN/BdA-Vorsitzenden Jupp Angenfort eingespielt wurde, die dieser anlässlich der Festveranstaltung zum 60. Geburtstag der Organisation im Jahre 2006 gehalten hatte: Fast alles von dem, was Angenfort als Aufgaben antifaschistischer Politik angeführt hatte, steht auch fünf Jahre später weiterhin auf der Agenda.

Dass die VVN/BdA sich in der Vergangenheit in zahlreichen Aktionen und Auseinandersetzungen mit rechter Politik einen guten Ruf erworben hat, zeigten Grußschreiben von Organisationen wie beispielsweise der Landesschülervertretung und Gäste wie Anna Conrads (Landtagsfraktion LINKE), Verena Schäffer (Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen) und Klaus Stein (DKP Rheinland-Westfalen). Sowohl Conrads als auch Schäffer wiesen darauf hin, dass die Extremismus-Klausel des Bundesministeriums für Jugend und Familien, nach der Projekte gegen Rechts vor einer Förderung durch das Ministerium nachweisen müssen, dass sie nicht mit „Extremisten“, d.h. systemkritischen Linken zusammenarbeiten, abzulehnen seien und machten sich für eine Abschaffung dieser Klausel stark.

Ein Höhepunkt der Konferenz war die Rede der innenpolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Ulla Jelpke, in der sie zu Beginn des Nachmittags die aktuellen Felder der innenpolitischen Auseinandersetzung mit rechter Politik skizzierte: Das begann bei neofaschistischen und rassistischen Organisationen, ging über die fortschreitende Einschränkung demokratischer Rechte unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung und endete bei der zunehmenden Militarisierung der Innenpolitik durch



die sogenannte „zivilmilitärische Zusammenarbeit“ und Aktivitäten der Bundeswehr an Schulen, Hochschulen und Arbeitsagenturen noch lange nicht.

Alle diese Themen waren auch Thema von Anträgen, die die Kreisorganisationen der VVN/BdA an die Landesdelegiertenkonferenz gestellt hatten und die einmütig angenommen wurden.

Um konkrete Friedenspolitik wird es bei einer Aktion am Ostersamstag gehen: Unmittelbar vor dem Beginn des Ostermarsches Rhein/Ruhr findet eine Kundgebung vor den Toren der Düsseldorfer Waffenschmiede Rheinmetall statt, auf der u.a. das ehemalige Vorstandsmitglied der IG Metall, Horst Schmitthenner die dringende Notwendigkeit von Konversionsprogrammen zugunsten einer Friedensproduktion in Rüstungsbetrieben darstellen wird. Natürlich unterstützt die VVN/BdA sowohl diese Auftaktveranstaltung als auch den gesamten Ostermarsch aktiv.

Einmütig war auch das Votum der Delegierten bei der Neuwahl des Landessprecherrates: Nachdem der langjährige Landessprecher Ulli Sander, der für dieses Amt nicht mehr kandidierte, um sich anderen Aufgaben widmen zu können unter großem Beifall verabschiedet worden war, wählten die Anwesenden Ulrike Düwel (Wuppertal) und Jochen Vogler (Wuppertal erneut und Falk Mikosch neu zu Sprechern des Landesverbandes.

tri ■



Ulla Jelpke, MdB, spricht auf der Konferenz

Initiativantrag:
Die NPD-Landeszentrale dicht machen

Die Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA NRW ruft auf, am Ostermarsch teilzunehmen und insbesondere am Ostersonntag, 24. April 2011, um ca. 13.00 Uhr in Bochum-Wattenscheid, Friedenskirche/August-Bebel-Platz, die Kundgebung gegen die Landeszentrale der NPD zu unterstützen. Dieses Zentrum einer gewalttätigen Vereinigung muss endlich geschlossen werden. Wir fordern die Landesregierung auf, entsprechend zu handeln. Die kürzlich bekannt gewordenen Internetinformationen aus der NPD sind alarmierend und verlangen nach entschlossenem Handeln der Demokratinnen und Demokraten.

60.000 NPD-E-Mails wurden jetzt publik, darunter Tausende aus NRW. In diesen ist eine gewalttätige bis mörderische Offenheit zu finden. Es werden der deutsche Faschismus und dessen Verbrecher zum Teil unverhohlen verherrlicht. Die NPD muss verboten werden, die Landeszentrale, von der immer wieder Naziprovokationen, z. B. antisemitische Kundgebungen gegen die Bochumer Synagoge, ausgehen, muss geschlossen werden.

Milde Strafen für rechte Bombenbastler

Zwei Aachener Neonazis, denen u.a. die Vorbereitung von Explosionsverbrechen zur Last gelegt wurde, sind wieder auf freiem Fuß. Das Landgericht Aachen hob am 21. Februar die Untersuchungshaft auf und verhängte Bewährungsstrafen. Die beiden Aachener Falko W. (20) und Daniel T. (25) mussten sich wegen verschiedener Vorwürfe vor der Jugendkammer des Landgerichts Aachen verantworten. Wegen der schweren Vorwürfe saßen beide seit September des vergangenen Jahres in Untersuchungshaft. Beide konnten das Aachener Justizzentrum als freie Männer verlassen. Beide Beschuldigte zeigten sich vor Gericht weitgehend geständig. Die Jugendkammer verurteilte W., der eigenen Angaben zufolge bis zum Sommer des vergangenen Jahres Mitglied der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) war, zu einer Gesamtjugendstrafe von zwei Jahren. Im Rahmen einer „Vorbewährung“, die das Jugendstrafrecht als Möglichkeit vorsieht, wird erst in sechs Monaten entschieden, ob er die Haftstrafe antreten muss.

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass W. sich der Vorbereitung eines Explosionsverbrechens, der Volksverhetzung, des Verwendens Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen sowie des Verstoßes gegen das Waffengesetz schuldig gemacht hat. Daniel T. wurde mit Ausnahme des Verstoßes gegen das Waffengesetz wegen der gleichen Vorwürfe zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren verurteilt.

Bereits zu Prozessbeginn hatte Falko W. eingeräumt, aus Böllern Splitterbomben hergestellt zu haben, die am 1. Mai 2010 am Rande eines Aufmarsches von Neonazis in Berlin aufgefunden worden waren. Laut Anklage sollen beide Beschuldigten geplant haben, diese gegen Polizeibeamte oder Gegendemonstranten einzusetzen.

W. räumte auch den Wurf von zwei Molotow-Cocktails auf das „Autonome Zentrum“ (AZ) in Aachen ein. Weil der alternative Veranstaltungsort in einem feuersicheren Bunker untergebracht ist, wurde jedoch der Vorwurf der versuchten Brandstiftung fallengelassen. W. gestand auch, im August 2010 gemeinsam mit Daniel T. die Mauer des jüdischen Friedhofs in Aachen mit neonazistischen Parolen beschmiert zu haben. Für weitere Schmierereien an den Büros von Bündnis 90/Die Grünen, der Linkspartei sowie der Wohnung eines Aussteigers aus der Neonaziszene übernahm T. die Verantwortung. Vehement abgestritten hatte T. jedoch eine Beteiligung an der Herstellung der Sprengkörper. Dieser Einlassung folgte Richter Gerd Nohl in der Urteilsbegründung nicht. Insbesondere die von beiden Angeklagten an den Sprengkörpern aufgefundenen DNA-Spuren wertete das Gericht als Schuldbeweis.

Staatsanwalt Jan Balthasar hatte in seinem Plädoyer deutlich härtere Strafen gefordert: Eine Gesamtjugendstrafe von 32 Monaten für den 20-Jährigen und eine 28-monatige Haft für den 25-Jährigen, dessen braune Gesinnung nicht so tief verwurzelt sei, dass er sich nicht von der rechten Szene lösen könne. Falko W. beschrieb er als „Waffennarr“ und attestierte ihm eine „tiefverwurzelte rechtsextreme Grundhaltung“. Ungeklärt blieb der Verbleib einer scharfen Schusswaffe, die sich im Besitz von W. befunden haben soll. Laut „Aachener Nachrichten“ wurde ihm diese vom „Kameradschaftsführer“ der KAL, René Laube (Kreis Düren), abgenommen. Laube verweigerte – ebenso wie andere Zeugen aus der Neonazi-Szene – die Aussage. W. will sich auch aufgrund der Erfahrung der Untersuchungshaft von der Neonazi-Szene entfernt haben.

Beide Angeklagten wurden durch Anwälte einer Kanzlei aus Eschweiler (Städteregion Aachen) verteidigt, die in der Vergangenheit mehrfach Neonazis der „Kameradschaft Aachener Land“ vertreten hatte. Beiden Verurteilten droht möglicherweise ein neuer Prozess. An einer an „die Antifa“ adressierte Bombenattrappe, die im Juli 2010 vor dem AZ Aachen abgelegt wurde, fanden Ermittler DNA des Duos.

Das aktuelle Verfahren erinnert frappierend an eine weitere Episode des Rechtsterrorismus mit Bezug zum Raum Aachen. In den 1990er Jahren wurde mit Markus Kalenborn der ehemalige „Sprengmeister“ der Anti-Antifa-Gruppe „Volkswille“ Kreisvorsitzender der Aachener NPD. 1995 wurde der damals in Essen lebende Kalenborn vom Landgericht Dortmund zu einer Haftstrafe von 21 Monaten auf Bewährung verurteilt. Ähnlich wie Falko W. und Daniel T. hatte er geplant, einen Sprengsatz gegen antifaschistische Demonstranten einzusetzen.

Mats Fogeman ■

Wie sehen extreme Rechte und Moslemfeinde die Umbrüche in Nordafrika?

Beispiele aus Frankreich & Deutschland

Einwanderer in Europa, besonders moslemische, stehen oftmals im Mittelpunkt der Programmatik oder der Hetze rechter Parteien. In den letzten Wochen aber scheint besonders durch die Revolten in Tunesien, Ägypten oder Libyen ein historischer Moment angebrochen, in dem sich die allgemeine gesellschaftliche Wahrnehmung – und Selbstwahrnehmung – von Nordafrikanern in Europa wandeln könnte. Statt entweder als passiv und „zu Demokratie und Entwicklung unfähig" oder aber als zornige, „fanatische Masse" zu erscheinen, haben sich vor allem die jungen Generationen dort als bewusste gesellschaftliche Akteure erwiesen und ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen. Wie aber wirkt sich dies auf die Wahrnehmung ihrer Länder durch rechtspopulistische bis rechtsextreme politische Kräfte etwa in Deutschland und in Frankreich aus?

Marine Le Pen: im flotten Dreierschritt zur Pirouetten-Position

Der Verfasser dieser Zeilen befragte Marine Le Pen, die neue Parteivorsitzende des französischen Front National (FN), auf dem Parteitag im Januar 2011 in Tours dazu, wie sie die damaligen Ereignisse in Tunesien bewerte. Der frühere tunesische Staatschef Zine el-Abidine Ben Ali war anderthalb Tage zuvor aus dem Land geflohen. Auf diese Frage antwortete Marine Le Pen in einem Dreierschritt: Erstens kritisierte sie die „Inkompetenz" der französischen Regierung unter Präsident Nicolas Sarkozy, dass sie „den Freiheitswillen der tunesischen Bevölkerung" unter ihrem vorherigen Regime nicht erkannt habe.

Zum Zweiten aber sei es – wenn man schon mit Ben Ali befreundet gewesen sei – schändlich, ihn jetzt im Stich zu lassen. Kurz zuvor hatte Frankreich dem fliehenden Expräsidenten Ben Ali signalisiert, dass seine Aufnahme nicht erwünscht sei. Besonders aber sei dies kritikwürdig, präzisierte die rechtsextreme Politikerin, weil diese Entscheidung, ihm das Exil auf französischem Boden zu verweigern, „unter dem Druck der großen Zahl von tunesischen Einwanderern erfolgt" sei. Tatsächlich hatten in Paris und anderswo Oppositionelle aus dem Land gegen eine Ankunft Ben Alis am Abend seiner Flucht zu mobilisieren begonnen.

Zum Dritten, fügte Marine Le Pen hinzu, müsse „das Interesse unseres Landes im Mittelpunkt" stehen. Dieses aber sei tangiert, wenn, wie sich drohend abzeichne, infolge des Umbruchs „Einwanderungsströme" über Europa hereinbrechen würden. Ferner sei eine Machtübernahme der Islamisten zu befürchten. Tage später wiederholte sie diese Äußerungen sinngemäß in einer Onlinediskussion (Chat) mit Leser/innen von ‚Le Monde', zu der die Redaktion der Pariser Abendzeitung sie eingeladen hatte.

Ihr Widersacher, der auf dem Parteitag unterlege Kandidat für den Vorsitz Bruno Gollnisch, hatte Stunden zuvor in einem Radiointerview weniger Nuancen gezeigt. Er kritisierte die französischen Behörden vor allem dafür, dass sie Ben Ali, einen „Freund" Frankreichs, im Stich gelassen hätten. Er nannte die „Weigerung", ihn aufzunehmen, „feige und erbärmlich". (http://www.youtube.com/watch?v=2GZvQrosYGg) Auch er stellte eine Verbindung zur Anwesenheit einer tunesischen Bevölkerungsgruppe in Frankreich her und beklagte, der französische Staatschef könne in diesem Zusammenhang nicht mehr im Namen eines „souveränen Landes" handeln.

Dieselben Grundelemente finden sich in fast allen Stellungnahmen aus der französischen extremen Rechten zu den Umbrüchen in Tunesien und Ägypten wieder. Dazu gehören insbesondere die tendenzielle Verteidigung der alten Regimes gegen die Revolten, sowie die Warnung vor „Wanderungsfluten" in Richtung Europa, die mit der politischen Öffnung der nordafrikanischen Länder einher gingen. In diesem Zusammenhang schlug Marine Le Pen – als Parteivorsitzende des Front National – am Abend des 25. Februar 11 dann vor, Fliehende aus Nordafrika (derzeit besonders aus Libyen), so wörtlich, „in internationale Gewässer zurückzuschicken". Dies bedeutet nichts anderes als die Forderung, sie in Ruhe ersaufen zu lassen.

Monsieur „Afrikaspezialist": Das Volk liebt Mubarak

Besonders pointierte Positionen hat dazu Bernard Lugan inne, „Monsieur Afrique", für quasi die gesamte extreme Rechte in Frankreich jenseits ihrer unterschiedlichen Strömungen. Der Historiker und Hochschullehrer in Lyon – ein in Marokko geborenes Kind der französischen Kolonial-Ära und eines Kolonialoffiziers – kann als einziger ‚Afrikaspezialist' der extremen Rechten gelten. Deswegen wird er überall herumgereicht: von den Webseiten des aktivistischen ‚Bloc identitaire' über den FN und seine extremeren Abspaltungen wie die Nouvelle Droite Populaire (NDP) bis zur islamfeindlichen Netzseite ‚Rebelles.info', die eine Scharnierfunktion zur konservativen Rechten einnimmt.

In seinen Augen ist ganz klar, wie die jüngeren Ereignissen zu analysieren sind: als Katastrophe, die einerseits einen Sieg der USA und der mit ihnen verbündeten „bürgerlichen Yuppies" in den nordafrikanischen Ländern bedeute – denn die Nordamerikaner profitierten von den Umbrüchen –, andererseits die Islamisten, die Europa bedrohten. Stattdessen schlug er während der Revolten vor, Partei für eine „dritte Kraft" zu ergreifen: „das gemeine Volk", das außerhalb der Kameraobjektive westlicher Journalisten bleibe. Dieses aber, schrieb er im Zusammenhang mit der Revolte in Ägypten, stehe fest zu Präsident Hosni Mubarak.

Als Ausdruck dieses „gemeinen Volkes" im ägyptischen Falle sah er die Baltagiya, also jene bezahlten Schlägertrupps, die das Mubarak-Regime besonders in der ersten Februarwoche 2011 auf die Demonstrationen losgehetzt hatte. Die westlichen Journalisten – die ihrerseits nur einen Blick für die privilegierten Yuppies und ihre Luxusforderungen nach Demokratie hätten – könnten deswegen gar nicht verstehen, schrieb Lugan sarkastisch, dass ihnen vom Volk eine Lektion erteilt worden sei. Dabei spielte er auf die Angriffe von Schlägerbanden gegen Pressevertreter an. Betreffend die demokratische Revolution in Tunesien sprach Lugan explizit von einer „Revolte von Privilegierten", unter Verweis auf den angeblich hohen Lebensstandard im Lande, der ein Verdienst der Modernisierungspolitik des Ben Ali-Regimes sei.

Insgesamt ergriff die französische extreme Rechte weitaus eher zugunsten der bisher amtierenden, alten Regime in Nordafrika Position. Was sie nicht daran hindert, sich bisweilen – in einer demagogischen Operation sich selbst zur demokratischen Opposition innerhalb Frankreichs aufschwingend – auch auf den „Kampf gegen die Diktatur" in Nordafrika positiv zu beziehen. Um nämlich anzuzeigen, man selbst stehe hierzulande im Kampf gegen Altparteien und „Establishment" in einer ganz ähnlichen Auseinandersetzung.

(Vgl. dazu nachfolgenden Artikel zu einer Pressekonferenz, die der Front National jüngst abhielt, um einen Prozess gegen „politische Diskriminierung" eines seiner Mitglieder und Kandidaten anzukündigen.)

Kolonialnostalgiker wider „Ratten"

Rechtsextreme Webmedien wie die sehr eifrig bestückte, kolonialnostalgische Seite „La valise ou le cercueil" – die sowohl Artikel von neofaschistischen als auch von sehr rechten pro-israelischen Webseiten übernimmt und seltener eigene redaktionelle Beiträge dazu stellt; ihr Titel spielt

→

auf das Motto der rechten französischen Algeriensiedler im Jahr der algerischen Unabhängigkeit 1962 an: „Den Koffer oder den Sarg" (also „Abhauen oder umkommen") – konzentrierten sich in den letzten Wochen auf die „Gefahr" von Migrationsbewegungen. Auf „La valise ou le cercueil" war unter anderem die Rede von, so wörtlich, „illegalen Ratten" – im Hinblick auf die in Lampedusa ankommenden Tunesier – und davon, dass Italien und Europa zum „Mülleimer der Welt" würden.

Betreffend die Entwicklung in den von politischen Umwälzungen geprägten Ländern wird vor allem die angeblich dicht bevorstehende und unvermeidliche Machtübernahme durch islamistische Kräfte unablässig beschworen. Allein im Falle Libyens wird ein Umsturz erhofft, weil Gaddafi – „dieses Stück Abfall" – durch französische Nationalisten traditionell als Feind ihres Landes betrachtet wird. Beide Länder hatten 1984 im Tschad gegeneinander Krieg um ihre Einflusssphären geführt.

Erfreut über die Revolten zeigen sich lediglich die Nationalrevolutionäre, die sich einmal mehr im „für eine gemeinsame Sache kämpfenden Volk" wiederzuerkennen glauben. Ferner sähen sie die Revolten gar zu gerne in eine Mobilisierung gegen Israel münden. Auf der nationalrevolutionären Webseite VoxNR wird etwa erklärt, aus den arabischen Revolutionen könnte ein „muslimisches Reich" hervorgehen, das allerdings „die Salafisten, Verbündete der Amerikaner und Israels, loswerden" müsse. Die Salafisten sind eine ultraradikale Strömung des politischen Islam, die allerdings im Falle Ägyptens faktisch durch das frühere Regime ausgehalten worden war, das sie benutzte, um einflussreichere und realitätstüchtigere islamistische Strömungen zu schwächen. In einem solchen Falle, heißt es weiter, sei eine solche Zusammenarbeit zwischen „Europa und dem Islam" – als zwei getrennten, aber zusammen arbeitenden Blöcken – gegen die US-Vorherrschaft vorstellbar.

Deutsche NPD: Pseudo-Revoluzzer mit Schaum vorm Maul

Ähnlich sieht es auch die deutsche NPD. Drohend verkündet sie in einer Erklärung ihres „AK Außen- und Sicherheitspolitik" vom 1. Februar an die Adresse der etablierten Kräfte und der von ihr so genannten Globalisierer: „Wie ein Menetekel wirft die Flamme der Volkserhebung ihren drohenden Schatten auf Washington, Tel Aviv und Brüssel. Die Stunde der Diktatoren und Volksverräter schlägt rascher, als Bundeskanzlerin Angela Merkel zu denken wagt." Dies sei angeblich auch auf Deutschland übertragbar: „Die Sturmglocken von Tunis und Kairo kündigen auch in Berlin eine Zeitenwende an, denn auch Merkel und Co. wandeln im Zeichen einer gigantischen Verschuldung, eines beispiellosen Souveränitätsverzichts und grassierender Hartz IV-Armut auf dünnem Eis." Der Rest der Erklärung – bei der es theoretisch um Ägypten geht – handelt dann allerdings von anderen Themen: der Agitation gegen Entwicklungshilfe als vom Volk bezahltes Mittel „zur Aufrechterhaltung der US-Dominanz in der so genannten Dritten Welt" und gegen Einwanderung in Europa. Hier verlässt die Erklärung vollständig das Thema Nordafrika, alldieweil sie von „Schwarzen" spricht, die sich ein Schlaraffenland ohne Arbeiten in Europa vorstellten und durch die Globalisierer als neues Ersatzproletariat im unterdrückten Deutschland und Europa eingesetzt würden.

Ansonsten herrscht aber in Deutschland, das weniger unmittelbare Interessen und historische Kontakte in Nordafrika und im Mittelmeerraum aufweist als Frankreich, auf der Rechten überwiegend Schweigen zu den aktuellen Ereignissen dort. Auf der eifrig bestückten, strömungsübergreifenden Webseite DeutschlandEcho (früher GesamtRechts) kamen Tunesien und Ägypten quasi ausschließlich im Zusammenhang mit den Migrationsbewegungen rund um Lampedusa vor. Und die rechte Wochenzeitung Junge Freiheit verfasste zwar einen längeren Artikel, unter dem ironisch auf ihren Namen anspielenden Titel: „Junge in Freiheit".

Zu den Umbrüchen in Tunesien und Ägypten fällt ihr allerdings in der Substanz überhaupt nichts ein – es sei denn, dass die Entwicklung sei „vom Westen nicht steuerbar". Ansonsten geht es allein um Demographie, Migrationsbewegungen und um folgende Frage: „Dann steht Europa vor der politischen Entscheidung, was ihm wichtiger ist: die eigene, konkrete Existenz oder das ab-strakte Flüchtlingsrecht der anderen."

Bernhard Schmid, Paris ■

Frankreich:

Von Links nach Rechtsaußen

Ein CGT-Gewerkschafter, der ferner auch noch aus der radikalen Linken kommt, kandidiert für den FN

In der vorigen Ausgabe zitierten wir den rechtsextremen Intellektuellen Alain de Benoist, der die neue Chefin des Front National (FN) – Marine Le Pen – dazu anhielt, ihre „Sozialkritik" zu schärfen. Sein historisches Projekt besteht offenkundig darin, der politischen Linken und den Gewerkschaften den Boden unter den Füßen wegzuziehen.

In dieser Hinsicht konnte Marine Le Pen unterdessen einen ersten bedeutenden „Fang" in den Augen der Öffentlichkeit verzeichnen, und zwar in der ostfranzösischen Region Lorraine (Lothringen). Dort stellte die rechtsextreme Partei als Kandidat zu den Bezirksparlamentswahlen vom 20. und 27. März 11 im Wahlbezirk von Algrange den 31-jährigen Fabien Engelmann als Kandidaten auf. Dieser ist bzw. war bis vor kurzem der Leiter einer Gewerkschaftssektion der CGT – des „postkommunistischen" stärksten Gewerkschaftsdachverbands in Frankreich –, konkret einer 23-köpfigen Sektion, der die technischen Angestellten (Elektriker, Hausmeister, …) des Rathauses im lothringischen Nilvange angehören. Die Sektion wurde inzwischen übrigens durch die CGT-Spitze provisorisch aufgelöst, nachdem 20 von 23 Mitgliedern auch nach der Kandidaturerklärung Engelmanns für den Front National ihm als Vorsitzendem das Vertrauen ausgesprochen hatten. Daraufhin hat Engelmann mit Unterstützung der Partei erklärt, einen Prozess gegen den Dachverband wegen Verletzung der CGT-Statuten und „politischer Diskriminierung" führen zu wollen. An der Pressekonferenz, auf der er dies ankündigte, nahmen Prominente wie die Parteichefin Marine Le Pen und ihr „Vizepräsident" (und Lebensgefährte) Louis Aliot teil sowie der Chef der FN-Fraktion im Regionalparlament. Letzterer ist selbst örtlicher Hauptamtlicher des – relativ kleinen und insgesamt eher rechten – christlichen Gewerkschaftsbunds, der CFTC, steht jedoch mit deren Führungsinstanzen im Konflikt.

Das Verfahren, das sich spektakulär ankündigt, wird durch den ex-linken Anwalt Gilbert Collard – ein hemmungsloser Karrierist, der in den vergangenen Jahren schon andere Rechtsradikale wie Bruno Mégret vertreten hat und heute dem Rechtsbürgerlichen Charles Pasqua nahe steht – geführt werden. (Vgl. 1) Auf ihrer gemeinsamen Pressekonferenz stellten die Vertreter der extremen Rechten sich als Opfer einer politischen und gewerkschaftlichen Unterdrückung dar, und verglichen das ihnen gegenüber stehende „System" mit der soeben gestürzten Diktatur unter Präsident Ben ‘Ali in Tunesien. Das Ganze wurde garniert mit der Falschbehauptung, dieses sei bis jüngst gerade auch „durch Linke & Gewerkschafter" unterstützt worden. Dies ist falsch (und es gab in Frankreich eine gewerkschaftliche Solidarität mit den sozialen Kämpfen in Tunesien, wie im Bergbaubecken von Gafsa, wo die Revolte während mehrerer Monate im Jahr 2008 andauerte). Doch richtig ist unterdessen, dass die frühere Staatspartei Tunesiens, der RCD, bis am 18. Januar 2011, also vier Tage nach dem Sturz Ben ’Alis, noch der so genannten Sozialistischen In-

ternationale angehörte wie etwa auch die deutsche SPD. Dort hatten die französischen Sozialisten allerdings in den letzten Jahren auch eine sozialdemokratisch orientierte tunesische Oppositionspartei, das FDLT unter M. Ben Jaffar, als „Beobachter“ assoziieren lassen.

Doch damit nicht genug. Denn Fabien Engelmann ist nicht nur Gewerkschaftsmitglied, sondern war auch mehrere Jahre hindurch auf der radikalen Linken aktiv. Sechs Jahre lang gehörte er der trotzkistisch-tradionalistischen, arbeitertümelnden Partei Lutte Ouvrière (LO) an. Später schloss er sich circa ein Jahr lang der undogmatischen radikal linken „Neuen Antikapitalistischen Partei“ – dem NPA – an. Ihm kehrte er nach den Regionalparlamentswahlen vom März 2010, bei denen er auf dem zweiten Listenplatz in seiner Region angetreten war, den Rücken. Im Umfeld der Regionalparlamentswahlen 2010 war der NPA in starke innere Turbulenzen eingetreten, deren politische Gründe zu erörtern an dieser Stelle zu weit führen würde. Einen der Anlässe dafür lieferte die Kandidatur einer Kopftuch tragenden jungen Frau, Ilham Moussaïd, im Bezirk von Avignon, auf die verschiedene Teile der Partei – von Feministinnen bis Antirassistinnen – auf höchst unterschiedliche und zum Teil einander diametral entgegen gesetzte Weise reagierten. Fabien Engelmann zählte zu denjenigen Parteimitgliedern, bei denen diese Affäre die heftigsten Abwehrreaktionen auslöste.

Daraufhin kam er im Mai 2010 über das Internet in Kontakt mit der islamfeindlichen Publikation Riposte Laïque (ungefähr „Die Verfechter des Laizismus schlagen zurück“), die zwar nach außen hin betont säkular auftritt – über die sich jedoch glasklar sagen lässt, dass jedenfalls in ihrem Falle ihre Islamophobie nur ein notdürftiges Deckmäntelchen für einen sich im Laufe der Zeit intensivierenden Rassismus darstellt. (Vgl. 2) Über ihre Vermittlung kam er in Kontakt zum Front National. Riposte Laïque hat bereits als Katalysator für weitere individuelle Prozesse einer Radikalisierung nach rechts gedient. Einer der wichtigsten Köpfe dieser Publikation und des dahinter stehenden kleinen Netzwerks, Pierre Cassen, kommt selbst historisch aus der radikalen Linken: Er gehörte seit den siebziger Jahren der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) – Vorläuferin des NPA – an, die er im Laufe der neunziger Jahre zusammen mit einer Fraktion um François Morvan verließ. Letztere wollte damals unbedingt über die Frage der „nationalen Souveränität“, und ihrer Verteidigung in Abgrenzung von EU und NATO, diskutieren. Pierre Cassen, eine Art französischer Jürgen Elsässer, hat diese Linie beibehalten und in seinem Falle (anders als der auch um reaktionäre Muslime buhlende deutsche Jürgen Elsässer) um eine sich im Laufe der Jahre in Fanatismus steigernde Islamfeindlichkeit ergänzt. Pierre Cassen gehört ferner bis heute der Druckergewerkschaft der CGT an – und nahm persönlich an der Pressekonferenz teil, auf der Fabien Engelmann seinen künftigen Prozess gegen den Dachverband CGT ankündigte. (Vgl. 3)

Noch eine weitere frühere Linke, die noch in jungen Jahren steht, aber in ihrem Falle eher als persönlich ziemlich verwirrt gelten kann, wanderte aus dem Sympathisanten-Umfeld des NPA über Riposte Laïque und ihr Umfeld in Richtung FN ab. Heute kandidierte sie im Département von Versailles für die rechtsextreme Partei zu den Bezirksparlamentswahlen. Es handelt sich um Vénussia Myrtil, Tochter „farbiger“ Karibikfranzosen von den Antillen, Soziologiestudentin in Nanterre. Ihr Beitritt zum FN wurde im Hochsommer 2010 von einem längeren Interview mit ihr, das bei Riposte Laïque veröffentlicht wurde, begleitet. (Vgl. 4)

Bernhard Schmid, Paris ■

1 Vgl. ihre gemeinsame Pressekonferenz: http://gabrielbastian.hautetfort.com/archive/2011/02/26/conference-de-presse-de-fabien-engelmann-et-de-gilbert-colla.html (Auf einer rechtsextremen Webseite)

2 Vgl. zu dieser Gruppierung näher: http://www.trend.infopartisan.net/trd0111/t110111.html & http://www.trend.infopartisan.net/trd7810/t307810.html

3 Vgl. http://gabrielbastian.hautetfort.com/ archive/2011/02/26/conference-de-presse-de-fabien-engelmann-et-de-gilbert-colla.html, ab der 15. Minute.

4 Vgl. http://www.trend.infopartisan.net/trd1210/t251210.html

Landtagswahlen 2011

Mit der Feier des Zusammenschlusses von NPD und DVU zur NPD - Die Volksunion in einer Berliner Schule am 16.1.2011 wurde sogleich der Auftakt für die Teilnahme der Partei an den sieben Landtagswahlen in diesem Jahre gegeben. Zum Schwerpunkt wurde dabei die Wahl in **Sachsen-Anhalt** im März erklärt, wo der sächsische Fraktionschef der NPD Holger Apfel als Wahlkampfleiter fungiert und wo unbedingt der Einzug in ein drittes Landesparlament geschafft werden soll. Dazu werden große Materialmengen bereit gestellt. Für die vorgezogene Bürgerschaftswahl in Hamburg am 20. Februar, wo die NPD erstmalig wieder nach langer Abstinenz den Wegfall der DVU-Kandidatur nutzen konnte, standen dagegen weniger Kräfte zur Verfügung und das Ergebnis von 0,9 Prozent der Stimmen reichte nicht einmal für die Erstattung der Wahlkampfkosten.

In **Rheinland-Pfalz**, wo ebenfalls im März gewählt wird, sieht sich die Partei noch einer schwachen Konkurrenzpartei aus dem rechten Lager, den „Republikanern“ gegenüber. Sie hofft daher mit dem Auftreten führender Funktionäre wie Voigt, Faust und Apfel Punkte zu sammeln und mit zugespitzter antiamerikanischer Hetze, die den „Völkermord“ auf den Rheinwiesen, wo 1945 Zehntausende Kriegsgefangene unter schlimmen Bedingungen kampieren mussten, anprangert, ihrem Wunschziel in Richtung Landtag näher zu kommen. In Baden-Württemberg war die NPD monatelang mit dem Einsammeln von Unterstützerunterschriften beschäftigt, hat ihr Ziel wohl aber in allen 70 Wahlkreisen erreicht.

In **Bremen** versucht die NPD für die Bürgerschaftswahl im Mai auf das bisher vorhandene DVU-Potenzial zurückzugreifen und hat dazu Matthias Faust, den früheren DVU-Vorsitzenden und jetzigen Stellvertreter von Voigt als Spitzenkandidat aufgestellt. Den Wahlkampf leitet der umtriebige NPD-Funktionär Jens Pühse (bisher Sachsen). Die bayerische NPD überwies den Bremern 55.000 Euro für den Wahlkampf. Am 1. Mai soll ein weiterer Großaufmarsch der Neonazis in Bremen stattfinden.

In **Mecklenburg-Vorpommern** hat die NPD den Wahlkampf schon sehr früh eröffnet. In zahlreichen Auftritten mit aggressiven Tönen gab sich vor allem Fraktionschef Udo Pastörs siegessicher, den Einzug in den Landtag erneut zu schaffen und tönte sogar von der Möglichkeit eines zweistelligen Stimmergebnisses. Aktuelle Umfragen bestätigen das aber nicht und haben die Führungsspitze in M-V deshalb in erhebliche Unruhe versetzt. Bei der Kandidatenaufstellung am 20.11.2010 wurden die bekannten Funktionäre auf die ersten Plätze gesetzt, eine Frau ist nicht auf der Landesliste.

In **Berlin** konnten in den letzten Jahren weder NPD noch DVU für das Abgeordnetenhaus wählerwirksam werden. Wenn im September auch die Bezirksverordnetenversammlungen wieder mit gewählt werden, muss die fusionierte NPD - Die Volksunion auch um die Positionen in der Lichtenberger und Köpenicker BVV fürchten. Der bei der Fusion aufgebrochene Streit zwischen dem NPD-Vorsitzenden Uwe Meenen und dem DVU-Landeschef Torsten Meyer reduziert die Chancen weiter, vorläufig ist kein einziger DVU-Kandidat auf der Landesliste. Zudem ist die Konkurrenz im rechten Spektrum mit dem Antritt der Stadtkewitz-Partei „Die Freiheit“ und der Pro-Bewegung größer geworden.

Newsletter DIE LINKE. BAG Rechtsextremismus/ Antifaschismus 2-2011 ■

„Kleinliche Rechenspiele zulasten von Flüchtlingen einstellen“

Berlin. „Die Bundesregierung muss endlich ihre kleinlichen Rechenspiele zulasten von Flüchtlingen einstellen“ so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Wie aus einer Antwort (17/4791) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der LINKE hervorgehe, lebten derzeit so wenig Flüchtlinge in der Bundesrepublik wie lange nicht mehr. Die Abgeordnete weiter:

„Die Zahl der in Deutschland lebenden anerkannten Flüchtlinge ist mit 115.000 so niedrig wie lange nicht mehr. Das entspricht 0,14 % der Gesamtbevölkerung Deutschlands. 50.000 Menschen befinden sich noch im Asylverfahren. Besonders das Bundesministerium des Innern verweist bei der Debatte um die mögliche Aufnahme von Flüchtlingen aus Libyen auf die Aufnahme der jugoslawischen Bürgerkriegsflüchtlinge Anfang der 90er Jahre. Vor dem Hintergrund der aktuellen Zahlen ist das nur noch peinlich.“

Quelle: Pressemitteilung Ulla Jelpke Fr., 25.2.2011 ■

PRO ASYL: Aufnahme von Flüchtlingen vorbereiten

Noch vor wenigen Tagen war Diktator Gaddafi der wichtigste Bündnispartner Europas im Kampf gegen Flüchtlinge und Migranten. Er wurde hofiert und umgarnt. „Die blutige Kooperation mit Libyen ist die Bankrotterklärung der europäischen Menschenrechtspolitik“, so PRO ASYL-Referent Karl Kopp.

Die italienische Küstenwache hat allein seit Mai 2009 über 2000 Bootsflüchtlinge aus Eritrea, Somalia und anderen Verfolgerstaaten in Haftlager Gaddafis zurückgeschickt. Sie wurden dort misshandelt, gefoltert, Flüchtlingsfrauen vergewaltigt. Europa, auch die Bundesregierung, tragen Mitverantwortung an diesen Menschenrechtsverletzungen. Sie haben geschwiegen zu den Völkerrechtsbrüchen der Regierung Berlusconi. Anstatt die Regierung in Rom zu sanktionieren, versuchte die EU das „italienische Modell“ zu kopieren.

PRO ASYL ist in großer Sorge, was aktuell mit den Tausenden in Libyen gestrandeten Transitflüchtlingen geschieht. Bei den anlaufenden Notfallmaßnahmen dürfen sie nicht vergessen werden. Die Europäische Kommission muss jetzt gemeinsam mit den Mitgliedstaaten die Aufnahme von Schutzsuchenden vorbereiten.

Die EU muss sicherstellen, dass die Zurückweisung und das Abdrängen von Bootsflüchtlingen aufhören. Sie haben das Recht, in einen sicheren europäischen Hafen gebracht zu werden und auf ein faires Asylverfahren.

Europa kann nur dann Glaubwürdigkeit in Menschenrechtsfragen zurückgewinnen, wenn die jetzt erhobenen Forderungen nach Regimewechsel und Demokratisierung einhergehen mit einer grundlegenden Revision der europäischen Kooperationspolitik mit diktatorischen Regimen und einer veränderten Flüchtlingspolitik. Der erste Lackmustest wird sein, inwieweit Europa eine menschenwürdige, solidarische Aufnahme von Bootsflüchtlingen gewährleistet.

Presseerklärung proasyl 22.02.2011 ■

Hungerstreik in Griechenland: Es ist Zeit zu handeln

Seit dem 25. Januar sind 300 Migrant_innen in Athen und Thessaloníki im Hungerstreik. Viele von ihnen leben seit über sechs Jahren in Griechenland. Die meisten haben bei der Ernte gearbeitet – alle von ihnen unter extrem problembehafteten Bedingungen. Ohne Papiere zu sein bedeutet: keine Krankenversicherung, nicht ausgezahlte Löhne, keine Möglichkeit zu reisen…

Sie haben sich entschieden, einen Hungerstreik zu beginnen, um die bedingungslose Legalisierung aller Migrant_innen in Griechenland zu fordern. Eine große Gruppe von Hungerstreikenden kam mit dem Schiff aus Kreta. Unterstützer_innengruppen nahmen die Migrant_innen am Hafen Piräus in Empfang und alle zusammen zogen dann zu einem leeren Gebäude der Universität im Zentrum Athens. Es wurde ein Universitätsgebäude ausgewählt, weil es seit dem Ende der Militärdiktatur, als Soldaten mit Gewalt in die polytechnische Universität eindrangen, der Polizei verboten ist, Universitätsgelände zu betreten (Universitätsasyl) – aber im Fall der protestierenden Migrant_innen wurde das Universitätsasyl nicht respektiert. Nach Verhandlungen zogen die Hungerstreikenden dann in ein Gebäude in der Nähe der Universität um.

Aber die Regierung hat sich bisher nicht bewegt. Der Hungerstreik befindet sich an einem entscheidenden Punkt. Jeden Tag werden die Hungerstreikenden schwächer. Jeder Tag bringt dramatischere Entwicklungen. Am Freitag brach Hassan, einer der Hungerstreikenden, während einer Pressekonferenz zusammen:

„Wie Sie genau wissen, ist heute der 25. Tag des Hungerstreiks. Bislang haben wir keine Antwort von der Regierung erhalten. Niemand hat gesprochen. Worauf wartet die Regierung? Wartet sie darauf, dass wir sterben?“ Nachdem er diese Worte gesprochen hatte, erlitt Hassan einen hypoglykämischen Schock und wurde bewusstlos.

Der Vorfall verdeutlicht die extreme Situation der Streikenden, die sich mittlerweile seit über 25 Tagen in einem strikten Hungerstreik befinden und nur Wasser, Zucker und Salz zu sich nehmen. Acht Hungerstreikende sind zurzeit im Krankenhaus (26. Tag), Dutzende mehr stehen vor schweren Gesundheitsproblemen. Aber bisher bewegen sich die Behörden nicht, um die Forderung nach Legalisierung zu erfüllen.

Die Welle der Unterstützung für die Hungerstreikenden ist enorm geworden: Von Angehörigen von Institutionen bis zu Gewerkschaften, Hunderten von Künstler_innen und Intellektuellen – Tausende von Unterstützer_innen in Griechenland und im Ausland stellen sich solidarisch an ihre Seite. Aber offensichtlich benötigt die Regierung mehr Druck. Es ist Zeit zu handeln!

Was man tun kann: Schickt Protestschreiben, -faxe und E-Mails an die griechischen Ministerien für Inneres, für Bürgerschutz und für Gesundheit und an die lokale griechische Botschaft und die griechischen Konsulate! Unterstützt die Verbreitung in den Medien und schickt Presseerklärungen an die lokalen, regionalen, überregionalen und europäischen Medien. Schickt Kopien eurer Presse- und Solidaritätserklärungen an: hungerstrike300@espiv.net.

Etienne Balibar
Quelle: http://tab.blogsport.de
Transnationales Aktionsbündnis (TAB)
20. Februar 2011 ■

EU muss libysche Flüchtlinge aufnehmen

Berlin. „Die Grenzen für libysche Flüchtlinge zu öffnen, ist das Mindeste was die EU-Staaten jetzt tun können“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Jelpke weiter:

„Die Panikmache europäischer Politiker vor libyschen Flüchtlingen ist zutiefst heuchlerisch, denn Europa trägt eine Mitverantwortung an der möglicherweise einsetzenden Fluchtbewegung aus der nordafrikanischen Diktatur. Jahrelang wurde Libyen von der EU als Außenposten der Festung Europa hofiert und zur Flüchtlingsabwehr hochgerüstet. Damals drückten die Verantwortlichen auch in der Bundesregierung beide Augen zu angesichts der offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen des Gaddafi-Regimes. Jetzt kommen die von Europa gelieferten Rüstungsgüter auch gegen die nach Freiheit drängende libysche Bevölkerung zum Einsatz. Anstatt nach der EU-Grenzschutzagentur Frontex zu rufen, sollte die Bundesregierung Italien und andere Mittelmeeranrainer großzügi-

ge materielle Hilfe zur Aufnahme von Flüchtlingen anbieten und innerhalb der EU eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen nicht länger blockieren.

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Menschenrechtsgericht rügt Polizei-Brutalität gegen Roma

STRASSBURG. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Rumänien wegen Polizei-Brutalitäten gegen einen jungen Roma verurteilt. Die Regierung in Bukarest müsse dem nach einem Kopfschuss durch einen Polizisten teilweise gelähmten Kläger 130.000 Euro Schmerzensgeld zahlen, ordneten die Straßburger Richter an.

Der Rumäne war im Mai 2000 in Bukarest von einer Polizeipatrouille aufgehalten worden, als er mit seinem Bruder einen dritten Mann verfolgte. Nach Aussagen zweier Augenzeugen schlug einer der Polizisten den damals 19-Jährigen mehrfach mit dem Kopf gegen eine Wand. Anschließend zog er seine Pistole und schoss dem jungen Mann in den Kopf. Der Rechtsvertreter der rumänischen Regierung argumentierte, der Schuss sei versehentlich losgegangen. Gleichzeitig machte er Notwehr geltend. Nach seiner Darstellung hatte der junge Roma ein Messer bei sich, was Augenzeugen bestritten. Der Staatsanwalt hatte festgestellt, der Polizist sei von einem „Zigeuner angegriffen“ worden.

Der Gerichtshof für Menschenrechte nannte die Argumente der rumänischen Regierung wenig überzeugend. Er rügte zugleich, dass bei den Ermittlungen fast ausschließlich die Aussagen der Polizisten verwendet wurden - nicht aber die der Augenzeugen, die die Beamten schwer belasteten. Die beiden Zeugen seien zudem stundenlang ohne Nahrung und Wasser verhört und dabei offenbar unter Druck gesetzt worden, rügte der Gerichtshof. Ihnen muss Bukarest jeweils 10.000 Euro Schmerzensgeld zahlen.

Quelle: romale@zahav.net.il 27.2.11 ■

GRÜNE unterstützen Mahrenholz-Appell gegen Abschiebung

HANNOVER. Die Landtagsgrünen unterstützen den Vorschlag des früheren Verfassungsrichters Ernst Gottfried Mahrenholz, einen runden Tisch zur Problematik von Abschiebungen aus Niedersachsen einzurichten. „Der Appell an den Landtagspräsidenten sollte wachrütteln“, sagte die migrationspolitische Sprecherin Filiz Polat am Dienstag (1.3.) in Hannover. „Jeder in diesem Lande ist verantwortlich, wenn es um Menschen geht, deren Schicksal durch die Abschiebungspolitik, teilweise in Despotenstaaten wie Syrien, besiegelt wird.“

Polat bezieht sich auf ein Schreiben an den Präsidenten des Niedersächsischen Landtages, in dem Herrmann Dinkla aufgefordert wird, sich als oberster Repräsentant der Volksvertretung für die Interessen der von Abschiebung Bedrohten einzusetzen. Die Grünen-Politikerin warf den Abgeordneten der Regierungsfraktionen vor, in der Flüchtlingspolitik „nicht ihre humanitäre Verantwortung wahrgenommen“ zu haben. „Weil keine Kritik am Innenminister zugelassen werden soll, verstecken sich viele hinter ihrer Interpretation der Gesetzgebung oder dem Fraktionszwang. Abgeordnete sind aber ihrem Gewissen verpflichtet“, sagte Polat. „Wir würden es sehr begrüßen, wenn Herr Dinkla beim Schutz der Flüchtlinge selbst vorangehen würde und die Parlamentarier von CDU und FDP damit zu mehr Zivilcourage ermuntern würde!“

Pressemitteilung Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Nds. Landtag, 2.3.2011 ■

Versammlungsfreiheit auch im Frankfurter Flughafen

Erklärung der Klägerin, die beim Bundesverfassungsgericht die Achtung der Grundrechte im Flughafen durchgesetzt hat:

„Wir haben viel gewonnen: der Flughafen ist ein öffentlicher Raum, im dem die Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit Gültigkeit haben. Und das gilt nicht nur für Flughäfen und für Bahnhöfe, die teilprivatisiert sind aber von der öffentlichen Hand beherrscht werden, sondern für alle Orte, die als Bereich „allgemein kommunikativen Verkehrs“ ausgestaltet sind.

Das heißt konkret, unsere Versuche, gegen Abschiebungen vom Frankfurter Flughafen zu protestieren und zu intervenieren, fallen unter den Schutz des Grundgesetzes und können nicht mehr willkürlich von der Fraport kriminalisiert werden. Demonstrationen, die wir im Terminal anmelden wollen oder können, melden wir wie früher beim Ordnungsamt an und die Fraport kann`s nicht mehr verbieten, ohne eine konkrete Gefährdungslage nachzuweisen. Vielleicht oder eher ganz bestimmt, wird sie Auflagen durchdrücken wollen – wie früher auch – (Vorstandschef Schulte freut sich, dass er z. B. Trillerpfeifen nicht zulassen muss) aber zumindest haben wir wieder eine Verhandlungsbasis.

Das Verbot, Flugblätter zu verteilen, kann nicht mehr auf den Wunsch gestützt werden, eine Wohlfühlatmosphäre in einer reinen Welt des Konsums zu schaffen, die von politischen Diskussionen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen frei bleibt. Ein vom Elend der Welt unbeschwertes Gemüt des Bürgers ist kein Belang, zu dessen Schutz der Staat Grundrechtspositionen einschränken darf.

Grad so steht's in der Urteilsbegründung, die vollständig auf der Seite des Bundesverfassungsgerichts nachgelesen werden kann. (www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg11-018.html)

Mit uns freuen sich die FlughafenausbaugegnerInnen, die Pilotenvereinigung Cockpit, die Gewerkschaft der Flugbegleiter, die Stuttgart 21 GegnerInnen, die Gewerkschaften insgesamt, wie der DGB am Tag nach der Urteilsverkündung.

«Um das Verfassungsgerichtsurteil gleich mit Leben zu erfüllen, haben wir heute im Frankfurter Hauptbahnhof Flugblätter gegen die Schuldenbremse verteilt», sagte der Vorsitzende des DGB Frankfurt-Rhein-Main, Harald Fiedler.

www.arbeiterfotografie.com

Kurz nach Beginn der Aktion seien die Gewerkschafter vom Sicherheitspersonal aufgefordert worden, das Verteilen der Flugblätter zu unterlassen. Nach der Aufforderung hätten die DGB-Mitglieder auf das Urteil mit dem Aktenzeichen 1 BvR 699/06 verwiesen, berichtete Fiedler. Nach mehreren Rückfragen auf «höherer Ebene» hätten die Verantwortlichen den mündlichen Verweis zurückgezogen und die Flugblattverteilung sowie die Präsenz von DGB-Fahnen in der Bahnhofshalle gestattet. «Damit ist für uns die Demonstrationsfreiheit im Hauptbahnhof Frankfurt erreicht», sagte Fiedler.“

So sollten auch wir das Urteil mit Leben erfüllen und weiter hartnäckig am Frankfurter Flughafen gegen die Abschiebepraxis protestieren.“ ■

Isolationslager Schöllnstein:

Flüchtlingskinder dürfen nicht zur Schule gehen

Im Juli 2010 wehrten sich 87 BewohnerInnen des Landshuter Flüchtlingslagers gemeinsam mit zahlreichen UnterstützerInnen erfolgreich gegen ihre zwangsweise Umsiedlung in ein neues Isolationslager im abgelegenen Dorf Schöllnstein im Landkreis Deggendorf. Großspurig hatte die Regierung von Niederbayern damals versprochen zumindest für Busverbindungen zu sorgen und das Lager nicht zu stark zu belegen, um so für mehr Platz pro BewohnerIn zu sorgen.

Wie berechtigt das Misstrauen der Landshuter Flüchtlinge war, belegt die aktuelle Situation.

In dem kleinen Dorf leben inzwischen mehr als 90 Asylsuchende. Damit ist nicht nur die maximale Kapazität von 80 Personen überschritten, sondern auch die Zahl der alteingesessenen DorfbewohnerInnen, die nur 71 beträgt. In Schöllnstein gibt es keine Einkaufsmöglichkeiten, kein Internetcafé und die Busverbindungen nach Deggensdorf sind zu teuer, um sie von dem mickrigen monatlichen Taschengeld bezahlen zu können. Von den häufigen Shuttle-Busverbindungen, die die Regierung versprochen hatte, ist keine Rede mehr. Nur für Behördengänge steht einmal pro Woche ein kostenfreier Bus zur Verfügung, ansonsten erreichen die Flüchtlinge erst nach einer Stunde Fußmarsch den nächstgelegenen Ort Iggensbach.

Wie in anderen Dschungelcamps, wie Böbrach oder Obermotzing-Aholfing, ist die allgemeine Wohnsituation extrem bedrückend für die Flüchtlinge. Es mangelt an hinreichender Gesundheitsversorgung, Deutschkursen und jeglicher Möglichkeit Beschäftigung oder gar Anschluss zu finden. Die Situation der AsylbewerberInnen ist so aussichtslos, dass ein somalischer Bewohner in Schöllenstein berichtete: „I talked to my mother yesterday evening on the phone and she was so desperate because of my situation here. She even wanted to send me money from Somalia.“ Die Asylsuchenden sind zu einem Leben in Langeweile, Angst und Isolation verdammt, viele von ihnen kommen mit der psychischen Belastung nicht mehr zurecht und müssen sich behandeln lassen. „Solche Dschungelcamps müssen unverzüglich geschlossen werden!“, fordert Matthias Schmidt von der Karawane München. „Die Behörden müssen die Flüchtlinge endlich aus ihren miserablen Lebensbedingungen, fernab jeglicher Kontakt- und Integrationsmöglichkeiten befreien!“



Doch der Standort Schöllnstein bringt sogar noch eine weitere, besonders alarmierende Schikane mit sich. Mittlerweile wurden dort auch 16 Kinder mit ihren Eltern untergebracht. Mindestens elf davon sind nach dem Bayerischen Schulgesetz schulpflichtig, also zwischen 6 und 15 Jahre alt – doch keines dieser Kinder geht zur Schule. Die zuständigen Behörden haben bislang keinen Versuch unternommen, die Kinder in den Schulunterricht der umliegenden Dörfer und Städte zu integrieren. „Es kann nicht sein, dass den Kindern dort nicht einmal der Zugang zur gesetzlich vorgeschriebenen Bildung ermöglicht wird. Die Verantwortlichen rauben ihnen damit jegliche Perspektive für ihr weiteres Leben. Es muss sofort gehandelt werden!“, kommentiert Karawane-Aktivist Ben Rau.

Karawane München. Für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen!, 16.2.2011 ■

Überfallartige Abschiebung nach Syrien

Hildesheim. Am Montag, den 7. Februar 2011 demonstrierten in Hildesheim rund 300 Menschen für die Rückkehr einer in der vergangenen Woche abgeschobenen kurdisch-yezidischen Flüchtlingsfamilie. Der 62- jährige Vater Badir Naso und sein 15-jähriger Sohn Anuar wurden am 1. Februar 2011 überfallartig nach Syrien abgeschoben. Die vierköpfige Familie wurde am Morgen in ihrer Wohnung in Giesen bei Hildesheim von einer mit Hunden begleiteten Polizeistaffel aufgesucht. Daraufhin erlitt die Mutter einen Schwächeanfall und musste ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Polizei führte die beiden männlichen Familienmitglieder ab und ließ sie noch am selben Tag gegen 16 Uhr nach Syrien ausfliegen. Zurück ließen sie die 18-jährige Tochter Schanas. Bisher gibt es keinerlei Informationen über den derzeitigen Aufenthaltsort der beiden Abgeschobenen.

Drei Tatsachen im Abschiebungsverlauf werden nun durch den Niedersächsischen Flüchtlingsrat besonders angeprangert: Zum Einen habe die Ausländerbehörde sich telefonisch Informationen über die schulischen Leistungen des Sohnes einholen lassen, um allein anhand dieser den Grad der Integration des Sohnes beurteilen zu können. Diese Vorgehensweise steht im Zusammenhang mit dem im vergangenen Jahr von Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) bei der Innenministerkonferenz eingereichten Vorschlag, Schulleistungen und Bleiberechtsregelungen aneinander zu koppeln. Demnach werden ganze Familien abgeschoben, wenn eines ihrer Kinder anhand von Schulnoten als nicht ausreichend integriert beurteilt wird. Zum Anderen fand im Falle dieser Abschiebung eine Familientrennung statt, da nur Vater und Sohn, nicht aber die 18-jährige Tochter und unerwartet auch nicht die Mutter ausgewiesen wurden. Zuletzt wird aufs Schärfste kritisiert, dass die Abschiebung ohne vorherige Ankündigung des Termins durchgeführt und letztlich auch nicht abgebrochen wurde, als die Einlieferung der Ehefrau in ein Krankenhaus erfolgte.



Die Familie lebte bereits seit über 10 Jahre in Deutschland, allerdings ist man kürzlich zu dem Ergebnis gekommen, dass sie sich jahrelang widerrechtlich in der Bundesrepublik befunden habe. Die Abschiebung ist ein unmenschliches Vorgehen, das umgehend gestoppt werden muss!!!

Quelle: http://gfbvberlin.wordpress.com ■

„Das Amt" – Bewusstes Demokratie-Versagen der Elite

Das im Herbst 2010 erschienene Buch „Das Amt" ist das Ergebnis der 2005 von Außenminister Joschka Fischer berufenen unabhängigen Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Auswärtigen Amtes (AA) in der Zeit des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik. Dieses 880 Seiten starke Werk hat breites öffentliches Interesse gefunden, Debatten ausgelöst und steht seit Wochen auf allen Bestsellerlisten. Die erste Hälfte des Buches behandelt die Vergangenheit des Amtes. Der zweite Teil untersucht den Umgang des Ministeriums mit seiner NS-Zeit nach 1945. Das Buch arbeitet klar heraus, dass schon vor 1933 die im Auswärtigen Amt herrschende Elite, namentlich die Spitzenbeamten, Feinde der Demokratie waren, die mit den Nazis eine „Teilidentität der Ziele verband", wie es der Militärhistoriker Manfred Messerschmidt schon 1969 formulierte. Sie hatten die gleichen Vorstellungen über die Abschaffung der Demokratie, Deutschlands Wiederaufstieg zur Weltmacht, Rache für den verlorenen Ersten Weltkrieg und nicht zuletzt Maßnahmen gegen die Juden, die mit Umsturz, Bolschewismus und der verhassten Demokratie gleichgesetzt wurden. Schon vor 1933 war das Amt antisemitisch eingestellt. So war die Selbstgleichschaltung des AA 1933 nur eine konsequente Haltung.

Vom Beginn der NS-Zeit half das Amt aktiv mit, die Ausbürgerung bekannter deutscher Regimegegner zu betreiben, die ins Ausland geflohen waren. Bis 1937 waren 56 Prozent der Beschäftigten in der Spitzengruppe des AA in die NSDAP eingetreten. Zu Kriegsbeginn waren es bereits 75 Prozent; nicht etwa wegen neu eingestellter Parteimitglieder, sondern weil die oft noch aus dem Kaiserreich stammenden Ministerialbeamten der NSDAP beitraten. Am 1. Mai 1943 waren von 603 aktiven Mitarbeitern des AA 522 Parteimitglieder, also 87 Prozent!

Selbstverständlich war das Amt auf der berühmtberüchtigten Wannseekonferenz im Januar 1942 vertreten, auf der von den verschiedenen NS-Behörden und –Organisationen die organisatorische Umsetzung des Massenmordes an Juden besprochen wurde. Ab Ende 1941 wirkten die deutschen Botschaften u.a. in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, in Griechenland und Ungarn an der Verfolgung und Deportation von Juden aktiv mit. Auch die Rekrutierung von Zwangsarbeitern war ein originäres Betätigungsfeld der Botschaften in den von Deutschland überfallenen und besetzten Ländern. Ein besonders unrühmliches Kapitel schrieb die AA-Abteilung „Sonderkommando Künsberg", die zu Beginn des Zweiten Weltkriegs eingerichtet wurde. Sie betrieb in den besetzten Ländern die Plünderung von Kunstschätzen, historischen Bibliotheksbeständen, Devisen und Edelmetallen.

Später wurde sie als SS-Einheit zur Partisanenbekämpfung eingesetzt, noch immer dem AA unterstellt. Zu Recht stellen die Herausgeber des Buches fest: „Die deutschen Diplomaten ermöglichten der Führung des Dritten Reiches bis zum Ende des Krieges die Umsetzung eines menschenverachtenden Programms. Sie waren Besatzungshilfen, Mitwisser und – immer wieder – Mittäter. … An der ‚Endlösung der Judenfrage', der systematischen Vernichtung der europäischen Juden, wirkte das Auswärtige Amt mit. … Die deutschen Diplomaten waren nicht nur zu jedem Zeitpunkt über die Judenpolitik im Bilde, sie waren aktiv an ihr beteiligt." (S. 167 f.) „Das AA fungierte vor Ort schrankenlos als Vollstrecker bzw. Gehilfe des Judenmordes" (S. 263).

Der zweite Teil des Buches behandelt den Umgang des Amtes mit seiner Vergangenheit. Im November 1945 wurde in Nürnberg der Kriegsverbrecherprozess eröffnet. Angeklagt waren auch die beiden NS-Außenminister Neurath und Ribbentrop. Letzterer wurde zum Tode, Neurath zu 15 Jahre Haft verurteilt. In den Folgeprozessen wurden auch zahlreiche Mitarbeiter des AA angeklagt. Aber aus den ursprünglich angestrengten 36 Verfahren gegen 266 Beamte wurden nur 12 Prozesse gegen 185 Beschuldigte. Da die Angeklagten während der Haftzeit zusammengelegt worden waren, konnten sie ihre Entlastungsstrategien hervorragend abstimmen. So wurden alle Aussagen, Verteidigungslinien und die spätere Geschichtsinterpretation genauestens manipuliert; ebenso die gegenseitigen Entlastungszeugnisse, die in der Geschichtsschreibung sogar lange als einzige Dokumente zur Aufarbeitung der Geschichte des Auswärtigen Amtes verwandt wurden.

Die Verteidigungsstrategie ging so weit zu vermitteln, dass die Mitarbeiter gezwungen worden seien, judenfeindliche Dokumente und Vorlagen abzuzeichnen. Nur so seien die Unterschriften unter die belastenden Dokumente zustande gekommen. Die Verteidigung schreckte nicht einmal vor dem Argument zurück, dass die Bestrafung der AA-Beamten nur gewollt sei, um den Kommunismus in Mitteleuropa zu befördern. So erstaunt es nicht, dass am Ende gerade mal acht ehemalige NS-Beamte verurteilt wurden. Die Nürnberger Prozesse wollten die USA zugunsten des Kalten Kriegs rasch zu Ende bringen, denn sie brauchten die AA-Beamten für deren Strategie gegenüber der Sowjetunion.

Bereits in der Nürnberger Haft gründete man Seilschaften aus der NS-Zeit, so u.a. den „Freundeskreis ehemaliger höherer Beamter des Auswärtigen Dienstes". Dieser sorgte sich später auch um Spenden und Pensionen. Es entstanden regelrechte Rechtsschutz-Netzwerke für Entlastungszeugnisse („Persilscheine"). Man bescheinigte sich gegenseitig „Judenretter" gewesen zu sein. Nürnberg nutzte man aber auch, 'alte Verbindungen' wieder aufzunehmen, den beruflichen Wiedereinstieg vorzubereiten und neue Karriere zu machen.

Am 14. März 1951 wurde



das neue Auswärtige Amt der Bundesrepublik installiert. Mit seinem Aufbau beauftragte man ehemalige „Parteigenossen" (Pgs) mit Hilfe des schon in der Haft entworfenen Lügen-Konstruktes, als Gegner des NS-Regimes zu erscheinen. Diese sorgten dann auch dafür, dass frühere Pgs und AA-Mitarbeiter in ‚Amt und Würde' zurückehren konnten, weil man deren ‚Sachverstand' dringend brauchte. Sämtliche Personalvorschläge für das neue AA gingen über den Schreibtisch von Adenauers Staatssekretär Globke, Jurist und NSDAP-Kommentator des „Blutschutzgesetzes", von dem sich Adenauer später aufgrund des internationalen und innenpolitischen Drucks trennen musste. So verwundert es auch nicht, dass von 1951 bis 1963 64,3 Prozent der Beamten des Höheren Dienstes aus dem alten NS-Amt stammten. In den anderen Bundesministerien lag der Anteil lediglich bei 32,4 Prozent. Der Anteil der NSDAP-Mitglieder im Höheren Dienst lag 1953 sogar höher als zu Beginn des Zweiten Weltkrieges! Völlig anders bei den Verfolgten: Nur 6,2 Prozent der Beschäftigten im Höheren Dienst des AA nach 1945 gehörten zu Opfern des NS-Regimes, obgleich ihr Anteil nach Beginn der NS-Zeit deutlich höher lag.

Es gab keine bevorzugte Einstellung von Opfern, im Gegensatz zu den Tätern. Emigranten aus dem AA, die ins Ausland geflohen waren, wurden zur Rückkehr ins AA hohe Hürden in den Weg gestellt; viele von ihnen schafften den Wiedereinstieg nicht. Ausgerechnet ehemalige NS-Mitarbeiter machten den Exi-

lanten große Schwierigkeiten, besonders Juden. Das führte gar so weit, dass es den in Südamerika weilenden, nach 1945 ausgewanderten oder geflohenen Beamten, meist NS-Täter, nicht zuzumuten sei, von einem Juden betreut zu werden – so ein Mitarbeiter des Amtes in den 1950er Jahren. Es gab ein generelles Misstrauen im neuen AA gegenüber den NS-Emigranten, die für die Karriere gefährlich werden konnte. So wirkten nationalsozialistische Ideologie und Antisemitismus weiter. Den Widerständlern des 20. Juli 1944, die mit den Alliierten vor oder nach der NS-Zeit zusammengearbeitet hatten und als Verräter galten, wurde in altbewährter Zusammenarbeit von Justiz und AA jegliche Rehabilitierung verwehrt. Das neue Amt half aber auch gesuchten NS-Verbrechern.

So war spätestens seit 1952 der Bundesregierung bekannt, dass Eichmann sich in Argentinien aufhielt. Aber das AA verhinderte, vermutlich in enger Verbindung mit dem BND, alle Erkundigungen und Nachforschungen. Das heißt, die deutsche Botschaft in Buenos Aires hat Eichmann und weitere NS-Größen jahrelang gedeckt. Auch in anderen Ländern, z. B. Griechenland, deckte die deutsche Botschaft dort untergetauchte NS-Verbrecher. Die neu eingerichtete Rechtsschutzstelle im AA führte eine Namensliste österreichischer und deutscher NS-Kriegsverbrecher, in Frankreich gesucht, um sie vor der Einreise zu warnen. Sie konnten sich folglich der Strafverfolgung mit Hilfe des Amtes entziehen. Diese Abteilung wurde „Warndienst West" genannt. Seit Beginn der 1950er Jahre wurden derartige Listen auch für andere Länder geführt, um NS- und Kriegsverbrecher vor Bestrafung zu schützen. Klaus Barbie und Kurt Lischka etwa profitierten lange Zeit von dieser staatlichen ‚Rechtsschutz-Abteilung'. Man vertrat die Auffassung, die Strafverfolgung deutscher Beamter seien Spätfolgen alliierter Siegerjustiz; die es zu bekämpfen gelte.

„Die schlimmsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit stellen die sog. Kriegsverbrecherurteile einzelner oder mehrerer Feindesstaaten dar", so ein AA-Mitarbeiter. Auch die beginnende Aufarbeitung der Rolle des Auswärtigen Amtes in der NS-Zeit wurde vom AA massiv behindert. Auf Initiative des Außenministeriums wurde die Publikation über die „Endlösung" – Übersetzung von Gerald Reitlingers Untersuchung „The Final Solution" – zensiert von der Bundeszentrale für Heimatdienst, indem die Namen besonders belasteter Diplomaten, z. B. Werner von Bagen oder Otto von Bräutigam, die an der Judenvernichtung beteiligt waren, aus dem Anhang getilgt wurden.

Selbst für die Forschungsarbeit des Buches „Das Amt…" mussten die Herausgeber feststellen, dass die Benutzung des AA-Archivs, besonders die Einsicht in die Personalakten, sich sehr schwierig gestaltete. Sie lief einem demokratisch transparenten Archivzugang zuwider. So konnten die Historiker nicht sicher sein, ob sie wirklich alle für ihre Arbeit wesentlichen Unterlagen zu Gesicht bekommen hatten.

Auswärtiges Amt 1951-1963: 64,3 % der Beamten des Höheren Dienstes waren bereits in NS-Diensten (zum Vergleich: der Durchschnitt in anderen Bundesministerien lag bei 32,4 %). Der Anteil der NSDAP-Mitglieder im Höheren Dienst lag 1953 sogar höher als zu Beginn des Zweiten Weltkrieges!

Bei der Bewertung des historischen Bestsellers ist festzuhalten, dass es sich um eine sorgfältig recherchierte, auf breiter Quellenarbeit basierende Untersuchung handelt. Sie fasst die Erkenntnisse der bisher erschienenen Publikationen zusammen, untersucht kritisch deren Schlussfolgerungen, betritt aber auch Neuland: die Zeit bis 1939 sowie die Personalpolitik und Geschichtsklitterung des Amtes nach 1945.

Das Buch ist verständlich geschrieben und verzichtet auf die übliche Historikerfachsprache. Schon kurz nach Erscheinen des Buches meldeten sich Kritiker des Buches „Das Amt" massiv zu Wort. Im Prinzip sind das drei Argumentationsstränge: Zum einen bemängeln einige Historiker, dass die Lebenssituation und die Zwänge der Amtsinhaber in der NS-Zeit völlig außer Acht gelassen würden, dass das AA nur am Rande an den Verbrechen des Holocaust beteiligt gewesen wäre und dass der Widerstand marginalisiert würde. Diese Historiker wiederholen die Positionen der 1950er und 1960er Jahre, die damals zur Legitimation der verbrecherischen Entscheidungen herangezogen worden waren (s.o.). Diese Geschichtsklitterung - eine Geschichtsschreibung, die sich nur auf Selbstzeugnisse beruft - ist in der seriösen Historikerzunft inzwischen überwunden. Dass es dennoch alte (aber auch junge) Historiker gibt, die dieser ideologisch gefärbten Position anhängen, ändert nichts an der aktuellen Forschungs- und Erkenntnislage.

Der zweite Aspekt in der Kritik lautet, dass entscheidende Quellen nicht berücksichtigt worden seien. „Das Amt" bringe nichts Neues bzw. was schon lange bekannt sei. Gemeint sind solche Quellen, die zu den Herausgebern der Quellenedition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland" gehören. Dabei handelt es sich meist um ehemalige Mitarbeiter des AA. Die Autoren des Buches „Das Amt" haben stattdessen die Originalquellen aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes herangezogen – heute wissenschaftlicher Standard – und dabei festgestellt, dass längst nicht alle belastenden Quellen und Vermerke verarbeitet wurden. Den Vorwurf, dass alles schon bekannt gewesen sei, bestreiten die Herausgeber für große Teile ihrer Arbeit gar nicht. Sie wollten sie jedoch in deutscher und verständlicher Sprache einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen, zumal manche Werke bis 2010 noch nie ins Deutsche übersetzt worden waren. Qualitativ neu im Buch „Das Amt" sind jedoch viele Erkenntnisse aus der Zeit vor 1939 und nach 1945!

Die dritte Gruppe der Kritiker artikuliert ihren akademischen Dünkel. Das hat etwas mit Rivalität unter Kollegen zu tun. Hinzu kommt der akademische Streit, ob Hitler von Anfang an den Holocaust geplant hätte (so die „Intentionalisten") oder er sich erst ab 1941 radikalisierte (so die „Funktionalisten", z. B. Hans Mommsen) und erst danach den Holocaust umsetzte. Inzwischen ist jedoch hinlänglich bekannt, dass die theoretische Planung bereits in Hitlers „Mein Kampf" oder zuvor in Parteiprogrammen der NSDAP angelegt war und systematisch ab 1939 verwirklicht wurde, was zahlreiche Quellen und Dokumente zeigen.

Keiner der Argumentationsstränge ist aus heutiger wissenschaftlicher Sicht haltbar. Dass noch viele Forschungsfragen offen sind, bestreiten auch die Verfasser dieser Studie nicht. – „Das Amt" ist ein rundherum empfehlenswertes und lesenswertes Buch.

Dr. Fritz Bilz ■

Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. Karl Blessing Verlag, München 2010, ISBN 978-3-89667-430-2, 34,80 Euro

Islamophobie in Österreich

Wie in vielen anderen Ländern Westeuropas ist im letzten Jahrzehnt spätestens nach dem Terroranschlag auf das World Trade Center auch in Österreich der antimuslimische Rassismus gesellschaftsfähig geworden. In der Alpenrepublik ringen die konkurrierenden Parteien Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und deren Abspaltung Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) um die Vorherrschaft über die Themenbereiche Moscheebau und Islam. In einem Interview mit dem Wissenschaftler Oliver Geden bezeichnete der FPÖ-Politiker Eduard Mainoni dies als „Geschäft mit der Angst".[1] Die Agitation dieser beiden Parteien ist allerdings nur die Spitze des Eisbergs; islamfeindliche Ressentiments haben sich längst in der „Mitte" der Gesellschaft ausgebreitet.

In diesem Zusammenhang waren die zusammenfassende Darstellung des antimuslimischen Rassismus und dessen Hintergründe in Österreich von Bunzl und Hafez schon längst überfällig.

Der von John Bunzl und Farid Hafez herausgegebene Sammelband „Islamo-

phobie in Österreich“ will einer „Negierung des Vorhandenseins eines Hasses gegenüber MuslimInnen in der österreichischen Öffentlichkeit“ entgegentreten.“[2] Außerdem verfolgt der Sammelband das Ziel, „verschiedene Facetten der Repräsentation eines hauptsächlich negativ konstruierten Islambildes in der österreichischen Öffentlichkeit aufzuzeigen.“[3]

Der Artikel des britischen Islamwissenschaftlers Chris Allen stellt den Begriff der Islamophobie vor und analysiert seine Stärken und Schwächen. Gudrun Hamer untersucht am Beispiel des in Österreich weit verbreiteten Kinderbuches „Hatschi Bratschis Luftballon“ das Orientbild, das Kindern in diesem Werk vermittelt wird. Analysen von verschiedenen Schulbüchern des Geschichtsunterrichtes der fünften bis achten Schulstufe zeigen, dass „der Islam“ als monolithischer Block verstanden wird und in der vergleichenden Bewertung zum Christentum deutlich negativer dargestellt wird.

In dem Artikel „Die FPÖ und der Islam“ untersucht der Politikwissenschaftler Farid Hafez das Positionspapier der FPÖ zum Islam aus dem Jahre 2008. Hafez bringt dabei den verklausulierten antimuslimischen Rassismus zum Vorschein. Die Positionierung der FPÖ im Vorfeld von Wahlen, in öffentlichen Reden oder bei Parteitagen wird dagegen leider nur sehr oberflächlich angedeutet.

Jana Kübel stellt anhand des Konflikts um den Bau einer Moschee im Wiener Bezirk Brigittenau antiislamistische Argumentationsmuster der alteingesessenen weißen Bevölkerungsmehrheit dar. Bei der Untersuchung des Vorarlberger und Kärtner Moschee- und Minarettbauverbots arbeiten Richard Potz und Farid Hafez eine in Teilen antimuslimische Rechtssprechung aus der Perspektive der Religionsfreiheit heraus.

Weiterhin untersucht Rüdiger Lohlker den österreichischen Blog „Mission Europa Netzwerk Karl Martell“, der den Islam nicht als Religion, sondern als totalitäre politische Ideologie betrachtet und vor einer „Beherrschung Europas durch die Einwanderung von Muslimen“ warnt. Barbara Sonnleitner analysiert das Qualitätsmagazin „Profil“ hinsichtlich der Berichterstattung über den Karikaturenstreit im Jahre 2006, während Karim Saad politische Positionierungen über den Islam und die muslimische Einwanderung in der liberalen Zeitschrift „Die Presse“ herausarbeitet. Bei der Untersuchung von Medien auf islamfeindliche Inhalte fehlt jedoch das Boulevardblatt „Kronen-Zeitung“, das ähnlich wie die Bild-Zeitung in der Bundesrepublik eine öffentliche Meinungsführerschaft besitzt.[4]

Insgesamt lässt sich sagen, dass dieses Buch eine gute Einführung zum Themenkomplex antimuslimischer Rassismus in Österreich darstellt, das sich besonders durch die interdisziplinäre Perspektive auszeichnet. Es zeigt auf, wie durch die Konstruktion eines Feindbildes Islam muslimische oder als muslimisch identifizierte Menschen in der Alpenrepublik systematisch ausgegrenzt werden.

Allerdings finden sich in dem Werk keine Informationen darüber, ob es Meinungsumfragen innerhalb der österreichischen Bevölkerung gibt, die das gesamte Ausmaß des antimuslimischen Rassismus verdeutlichen. Mögliche Gegenstrategien oder laufende Projekte zur interkulturellen und interreligiösen Verständigung werden ebenfalls nicht erwähnt.

Michael Lausberg ■

1 Geden, O.: Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung, Wiesbaden 2006, S. 144
2 Bunzl, John/Hafez, Farid (Hrsg.) Islamophobie in Österreich, Innsbruck 2009, S. 7
3 Ebd., S. 8
4 Weber, S.: Nachrichtenkonstruktion im Boulevardmedium. Die Wirklichkeit der „Kronen-Zeitung“, Wien 1995, S. 12

Bunzl, John/Hafez, Farid (Hrsg.) Islamophobie in Österreich, Studien Verlag, Innsbruck 2009, ISBN 978-3-7065-4785-7, 224 Seiten

Neue Handreichung von apabiz und MBR zu Rechtspopulismus in Berlin

Das apabiz hat zusammen mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) sowie weiteren Autoren eine Handreichung mit dem Titel „Antimuslimischer Rassismus & rechtspopulistische Organisationen“ erstellt. Die 24-seitige Broschüre klärt über die Strukturen und Programmatik der in Berlin aktiven Parteien und Organisationen auf. Dies sind die Partei „Bürgerbewegung Pro Deutschland“, die neu gegründete Partei „Die Freiheit“, der antimuslimische Weblog „Politically Incorrect“ (PI-News) und der Verein „Bürgerbewegung Pax Europa“ (BPE). Weitere Texte geben Hinweise auf mögliche Handlungsstrategien auf zivilgesellschaftlicher und kommunalpolitischer Ebene. Fortbildungsangebote und eine Liste mit weiterführender Literatur runden die Handreichung ab. Die Handreichung wurde im Rahmen des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus gefördert. Sie kann gegen Übernahme der Portokosten per Email beim apabiz bestellt werden.

Ein pdf der Broschüre kann runtergeladen werden: http://www.apabiz.de/publikation/broschueren/Rechtspop_final_Ansicht.pdf

INPUT – antifaschistischer Themenabend: Opferperspektiven – Rechte Gewalt in NRW und deren Opfer

Vortrag mit anschließender Podiumsdiskussion über die Notwendigkeit und Möglichkeiten einer unabhängigen Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt in NRW

Mittwoch, 16. März 2011, 20.00 Uhr
Kulturzentrum zakk (www.zakk.de), Fichtenstr. 40, Düsseldorf, Halle

Referentin: Heike Kleffner (Mitglied des Beirats der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt)

PodiumsteilnehmerInnen:

- Thomas Stotko (MdL, SPD),
- Verena Schäffer (MdL, B90/Die Grünen),
- Anna Conrads (MdL, Die Linke),
- ein von neonazistischer Bedrohung betroffener Mensch aus Dortmund und eine Aktivistin aus antifaschistischen Zusammenhängen

Moderation: Prof. Dr. Stephan Bundschuh (FH Koblenz, ehemaliger Geschäftsführer IDA NRW)

VeranstalterInnen: Antifa-Arbeitskreis an der FH Düsseldorf, Antirassistisches Bildungsforum Rheinland, AG INPUT, Beratungsnetzwerk Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Düsseldorf, Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der FH Düsseldorf, Landesintegrationsrat NRW, fiftyfifty – das Straßenmagazin, AStA FH Düsseldorf, Autonomes Schwulenreferat an Uni und FH Düsseldorf, Autonomes Lesbenreferat an der FH Düsseldorf, Kulturzentrum zakk.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Kooperation von Pro NRW und Republikanern

Junge Freiheit Nr. 8/11 vom 18. Februar 2011

„Republikaner“ und Pro NRW haben vereinbart, sich bei bundesdeutschen Wahlen nicht mehr in die Quere zu kommen und eine gemeinsame Kandidatur zur Europawahl 2014 vorzubereiten. In einem gemeinsamen Interview erklären Markus Beisicht, Vorsitzender von Pro NRW, und der Republikaner-Vorsitzende Rolf Schlierer, ihre Entschlossenheit zur Kooperation. Am Anfang steht – so Schlierer – der Verzicht auf die Kandidatur der Republikaner in Berlin. Sie werden „stattdessen Pro Berlin unterstützen. Außerdem werden wir uns am ‚Marsch der Freiheit‘ der Pro-Bewegung am 7. Mai in Köln und am 3. Antiislamisierungskongress im August beteiligen.“

Ziel sei längerfristig die Bildung einer „neuen Gruppierung mit neuem Namen“. Pro NRW verzichtet im Gegenzug auf die Kandidatur in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg und sagt Wahlkampfunterstützung zu. Anlass für die Kooperation sei die Sarrazin-Debatte: So erklärt Schlierer auf die Frage „Das Potenzial gibt es ja nicht erst seit der Sarrazin-Debatte“: „Ja, aber im letzten Jahr haben die Bürger zum ersten Mal erlebt, dass es nicht mehr gelungen ist, solch einen Diskurs mit der ‚Faschismus-Keule‘ totzuschlagen. Sarrazin konnte nicht mundtot gemacht werden! Ich glaube die Sarrazin-Debatte stellt eine Zäsur dar, sie ist eine neue Erfahrung, die neue politische Entwicklungen möglich macht.“

Das Blatt selbst ist nicht allzu hoffnungsvoll. Chefredakteur Dieter Stein sieht ein konservatives politisches Vakuum und noch keinen Ausweg: „Der Kairos verstrich, weil kein prominenter Kopf den Mut zum Sprung hatte … Die zu überwindenden objektiven Widerstände sind ebenso groß wie die Feigheit im bürgerlichen Establishment. So bleibt es den beklagenswert schwachen Splittern einer atomisierten rechtskonservativen Szene überlassen, Bruchteile des bürgerlichen Protestes zu sammeln und am organisatorischen Ausbau des vorpolitischen Raumes zu arbeiten.“

Stein bezieht sich positiv auf Ronald Schill, der nach seinem anfänglichen Erfolg in Hamburg ziemlich kläglich als zwielichtige Gestalt gescheitert ist.

uld ■

Guttenberg – vor und nach dem Rücktritt

Junge Freiheit Nr. 9 und 10/2011 vom 25. Februar und vom 4. März 2011

Nach der Enthüllung des Plagiats kommentiert Chefredakteur Dieter Stein: „Welche charakterlichen Mängel er alleine beim Umgang mit seinen Untergebenen, zuletzt dem Kommandanten des Segelschulschiffs Gorch Fock, zeigte, entsetzte offenbar fast nur Angehörige der Truppe. Die andere Seite der Medaille: Welche Politiker hielten sich im Sattel, denen Verfehlungen ganz anderen Kalibers nachgewiesen wurden … Ein Verteidigungsminister, der mit weiteren Enthüllungen, auch über einen möglichen Ghostwriter erpresst werden kann, ist ein Sicherheitsrisiko, eine ‚lahme Ente‘. Nicht zuletzt im Interesse des Landes sollte er deshalb zurücktreten.“

Nach dem Rücktritt titelt das Blatt „Die Leere nach dem Rücktritt“ und Stein kommentiert erneut: „Karl-Theodor zu Guttenberg hat die Chance verpasst, aufrecht die politische Bühne zu verlassen. Er hinterlässt zusätzlich einen politischen Trümmerhaufen. Ohne Zweifel hat die Linke eine Kampagne entfesselt, um den Senkrechtstarter und Publikumsliebling aus parteipolitischem Kalkül abzuschießen. Aber: Guttenberg ist für sein jähes Ende selbst verantwortlich … Dass ein Blender wie Guttenberg in bürgerlichen Kreisen als Hoffnungsträger gehandelt werden konnte, liegt sowohl am deprimierenden Personal der politischen Klasse als auch an einer getrübten Wahrnehmung des bürgerlichen Publikums. Guttenberg ließ bei seinem schneidigen Vorgehen bei der Bundeswehrreform und anderen Entscheidungen offenbar werden, von welchen schwachen Figuren die Szene in Berlin bestimmt wird, die er nur deshalb lässig an die Wand spielen konnte. Die Abschaffung der Wehrpflicht und eine zu Unrecht gerühmte Bundeswehrreform gefährden Deutschland in einer Stunde, in der sich die Sicherheitslage verschärft.“

Ungeeignet als Kriegsführer ist das Fazit des Blatts. Denn, so an anderer Stelle, er dachte doch wirklich darüber nach, „auch Ausländer in die Bundeswehr zu übernehmen“. Das passt nicht in das Nationalgedusel des Blattes.

uld ■

„Zeitbombe KT“

Nationalzeitung Nr. 9, 25.2.2011

„Zeitbombe KT. Ein Hasardeur und seine ‚Sicherheitspoltik‘“ – so titelt die NaZe. Gerhard Frey jr. kommentiert die „Doktor-Affäre“ des zurückgetretenen Verteidigungsministers. „...dem Betrug gesellt sich bei Guttenberg der Verrat hinzu. Sein Doktorvater hat ihm vertraut. Ihm hat Guttenberg das Messer hineingerammt.“ Und in einem loyalen Reflex habe der emeritierte Staatsrechts-Professor Peter Häberle seinen Doktoranden zunächst noch in Schutz nehmen wollen, so Frey. Aber Guttenberg habe nicht nur seinen Betreuer verraten. Er habe das auch schon mit seinem Kollegen Guido Westerwelle gemacht. Nach einem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Murphy habe dieser anschließend nach Washington berichtet, Guttenberg sehe im Koalitionspartner Außenminister Westerwelle das größte Hindernis für eine Aufstockung der Truppen in Afghanistan. „Manche Angriffe auf Karl-Theodor zu Guttenberg gehen auf einen Adelskomplex zurück – sie disqualifizieren sich selbst“, schreibt Frey. „Seine Politik ist es, die ihn untragbar macht.“ Er zählt verschiedene Organisationen auf, in denen Guttenberg Mitglied sei wie die „Atlantik-Brücke“ und die „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik“, zwei „deutsche Ableger des ‚Council an Foreign Relations‘ (CFR), der einflussreichen und blutbefleckten US-Denkfabrik.“ „Guttenberg (betrieb) die Umwandlung der Bundesrepublik Deutschland in den 51. Bundestaat der USA.“ behauptet er, nicht ohne auch noch auf angeblich enge Verbindungen Guttenbergs zum American Jewish Comittee hinzuweisen, das Guttenberg zu einer Tagung im April eingeladen hat. Kaum anzunehmen, dass Guttenberg dort noch auftreten wird.

ub ■